

„Ist der Herr Landeshauptmann bereit, 1. Vorkehrungen zu treffen, daß die delogierte Familien in Pölsing-Brunn samt ihren Kindern entsprechend untergebracht werden und 2. eine strenge Untersuchung durch die Bezirkshauptmannschaft wegen der versuchten Erpressungen führen zu lassen?“

Präsident: Zur Beantwortung dieser Anfrage erteile ich dem Herrn Landeshauptmann Professor Dr. Rintelen das Wort.

Dr. Rintelen: Die Delogierung von Arbeiterfamilien in Pölsing-Brunn ist mir aus wiederholten Petitionen schon bekannt. Die Frage steht gegenwärtig auf dem Stande, daß die Gemeinde Pölsing-Brunn wegen Ankauf eines Hauses unterhandelt, worüber ein Streit entstanden ist, indem ein Teil der Bevölkerung die Angemessenheit des Kaufpreises bestritt, wie das der Herr Vorredner angedeutet hat. Die Frage ist natürlich im Instanzenzug zu entscheiden, wobei die Kompetenz des Bezirksverwaltungsausschusses in Betracht kommt. Wenn ich in die Lage kommen sollte, in die Angelegenheit vermittelnd einzugreifen und zu vermitteln, daß für diese Arbeiterparteien gesorgt wird, so bin ich dazu selbstverständlich gerne bereit.

Was die weitere Frage der Beeinflussung von Wahlen anbelangt, so ist mir dieser Vorwurf noch nicht bekannt gewesen. Es ist selbstverständlich Pflicht der politischen Behörde, für die Wahlen vorzusorgen und für die einzelnen Wahlen ist das Gesetz, welches die geheime Wahl vorschreibt, an sich wirksam in der Lage, eine Wahlbeeinflussung für die Gemeindewahlen zu verhindern. (Beifall.)

Oberzaucher: Ich beantrage, die Wechselrede über diese Anfrage zu eröffnen.

(Dieser Antrag wird, nachdem er genügend unterstützt wurde, angenommen.)

Oberzaucher: Hohes Haus! Ich anerkenne es, daß der Herr Landeshauptmann das Versprechen gegeben hat, sich zu bemühen, zu helfen, aber ich vermisste darin jedenfalls irgend eine konkrete Zusage. Ich meine, der Herr Landeshauptmann müßte etwas deutlicher erklären, worin diese Hilfe bestehen soll. Denn wenn der Herr Landeshauptmann nur erklärt, er wird helfen, wenn er kann, so ist das ein Versprechen, mit dem die delogierte Familien nichts anfangen können. Eine wirkliche Hilfe wäre es zum Beispiel, wenn es der Gemeinde ermöglicht wird, dieses Haus, bei dem die Angemessenheit des Kaufpreises angezweifelt wird, tatsächlich erwerben zu können. Die Sache steht nämlich folgend: Der Gemeinderat besteht aus 14 Mitgliedern, 5 Mitglieder haben auf Grund der Treibereien der Bergbaugesellschaft ihre Mandate zurückgelegt, so daß der Gemeinderat noch 9 Mitglieder hat. Diese 9 Mitglieder haben beschlossen, den Hauskauf durchzuführen. Dieser Beschluß und noch einige andere Beschlüsse in dieser Angelegenheit wurden nun durch die Bezirkshauptmannschaft behoben, das heißt, die Durchführung dieser Beschlüsse wurde verboten (Dr. Rintelen: „Bis zur Rechtskraft!“), und zwar mit der Begründung, daß nach § 38 der Gemeindeordnung zur Gültigkeit der Beschlüsse eines Gemeinderates zwei Drittel der Gemeinderäte notwendig seien.

Zwei Drittel sind nun nicht 9, sondern zirka 9½. Allerdings steht diese Entscheidung der Bezirkshauptmannschaft, daß zwei Drittel des Gemeinderates notwendig seien, um gültige Beschlüsse zu fassen, in einem Widerspruch zur Gemeindewahlordnung. In der Gemeindewahlordnung heißt es ausdrücklich, — und die ist jedenfalls jüngeren Datums — daß ein Gemeinderat erst dann aufgelöst werden könne, das heißt, erst dann das Recht verliert, gültige Beschlüsse zu fassen, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder des Gemeinderates samt ihren Ersatzmännern zurücktreten oder aus anderen Gründen die Mandate verlieren. Während also die Gemeindewahlordnung vorsieht, daß mindestens ein Mitglied mehr sein muß als die Hälfte, dann hätte der Gemeinderat das Recht, gültige Beschlüsse zu fassen, sagt die Bezirkshauptmannschaft, der § 38 der Gemeindeordnung bestimme zwei Drittel. Es ist nun dieser § 38 schon durch die Verwaltungsgerichtshofentscheidung interpretiert worden; Tatsache ist es, daß der Verwaltungsgerichtshof sich schon einmal auf den Standpunkt gestellt hat, daß für gültige Gemeinderatsbeschlüsse zwei Drittel der Gesamtheit der Gemeinderatsvertreter notwendig seien. Nachdem aber diese Entscheidung schon längst überholt ist durch die neue Gemeindewahlordnung, ist es selbstverständlich, daß die Gemeinderatsbeschlüsse von Pölsing-Brunn zu Recht bestehen. Es ist sehr zu fürchten und wir vermuten auf Grund der verschiedenen Beeinflussungen der Behörden, die wir dem hohen Hause in dieser Session schon mehrere Male dargelegt und bewiesen haben, mit Recht, daß die Bergbaugesellschaft durch ihre Direktion auch auf diese Bezirkshauptmannschaft Einfluß genommen hat, damit sie durch ein Verbot die Durchführung der Gemeinderatsbeschlüsse, die Erledigung des Ankaufs dieses Hauses verzögert. Tatsache ist es, daß der Protest gegen den Ankauf dieses Hauses von der Bergbaugesellschaft eingebracht wurde. Die Bergbaugesellschaft begnügt sich nicht damit, Arbeiter brotlos zu machen, ihre Existenzen zu vernichten, sie begnügt sich nicht damit, die Leute auf die Straße zu stellen, ihnen die Wohnung zu nehmen, sondern sie nimmt auch Einfluß, daß die Gemeinde nicht Vorkehrungen treffen kann, um der bitteren Not der Delogierten abzuweichen. Sie nimmt ganz ungehörig und ungeschehlich einen Einfluß, der allerdings hier nicht dokumentarisch belegt werden kann, aber nachdem das alles zusammentrifft: Delogieren und Protest gegen den Hausankauf, Vorgehen des Hausverwalters usw., ist es selbstverständlich, daß wir begründeten Verdacht haben, auch die Beamten dieser politischen Behörde haben sich von dem Herrn Generaldirektor S t e i n e r beeinflussen lassen und daß die Entscheidung der Bezirkshauptmannschaft schließlich über Beeinflussung seitens dieser Gesellschaft erfolgt ist. Unser Verdacht wird noch dadurch gestärkt, weil wir in Steiermark in den letzten Jahren mehrere Gemeinden hatten, jetzt noch haben, die einen Gemeinderat aufweisen, der auch nicht aus zwei Dritteln der ursprünglichen Gemeinderätezahl zusammengesetzt ist, zum Beispiel Mürzzuschlag. Es sind noch andere Orte; es haben in verschiedenen Gemeinden die Gemeinderäte mehrerer Parteien ihre Gemeinderatsmandate zurückgelegt, der

Gemeinderat war nur mehr ein Rumpfparlament und trotzdem wurde mit der Auflösung nicht vorgegangen. Trotzdem hat es die politische Behörde in keinem Falle für richtig und notwendig befunden, alle Beschlüsse der betreffenden Gemeinderäte für ungültig zu erklären. Nur in diesem speziellen Fall hat die Bezirkshauptmannschaft dieses Verbot erlassen und stützt sich auf den § 38 der Gemeindeordnung. Es ist also eine gemeine Heße gegen die arbeitslosen Menschen, die noch nebenbei das Dach über ihrem Kopf verlieren sollen. Und darum glaube ich, daß der Herr Landeshauptmann sich künftighin seines Amtes energischer annehmen soll, als er es hier versprochen hat. Ich möchte ihn ersuchen, eine bindende Erklärung abzugeben, daß er versucht, auf diese Gesellschaft Einfluß zu nehmen; daß er sofort überprüfen läßt, im dringlichen Wege, ob diese Entscheidung der Bezirkshauptmannschaft, gegen die der Rekurs der Gemeinde bereits eingebracht wurde, zu Recht besteht; daß er sofort untersucht und sofort entscheidet. Wenn die Landesregierung den Rekurs der Gemeinde aufrecht erledigt, so ist die Gemeinde, wenn der Bezirksverwaltungsausschuß zustimmt, — und wenn er nicht zustimmt, kann sie ebenfalls rekurrieren — schließlich in der Lage, den Hauskauf tatsächlich durchzuführen. Und wenn die Gemeinde gezwungen ist, ein Haus etwas teurer zu kaufen, wenn in der ganzen Gemeinde keine andere Liegenschaft zu kaufen ist, so wird das auch kein Unglück sein. Man schützt dadurch ein paar Wohnparteien mit 17 bis 20 Kindern vor dem Elend. Dazu kommt noch, daß die Bergbaugesellschaft auch der Gemeinde die Gemeindeganzlei gekündigt hat. Die Gemeinde Pölsing-Brunn hat weder ein Haus, noch einen Grund, sie hat ihre Gemeindeganzlei in einem fremden Haus und dieses Haus gehört auch der Bergbaugesellschaft. Nun hat diese auch die Gemeindeganzlei gekündigt; die muß auch ausziehen und muß künftighin unter freiem Himmel antieren. Eine pure Gehässigkeit gegen die sozialdemokratische Gemeinde! Um sie umzubringen werden ganz ungesetzhafte Einflüsse geltend gemacht; Beeinflussung der kommenden Wahlen, damit die nächste Gemeindevertretung nicht mehr sozialdemokratisch ist. Man übt diese Repressalien aus, um die Einwohner zu verschüchtern, um zu beweisen, wie allmächtig die Bergbaugesellschaft ist. Jeder Arbeiter hat zu küssen und dem Direktor die Hand zu küssen, wenn er überhaupt im Bergbau bleiben und seine Wohnung behalten will. Alle diese Erscheinungen müssen beweisen, daß es nicht genügt, daß man nur verspricht, „ich werde mich bemühen, ich werde sehen“, sondern daß auch versprochen werden muß, alles zu tun, um dem Elend dieser armen Teufel zu steuern, um die Übergriffe dieser Gesellschaft einzudämmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Da niemand mehr zum Worte gemeldet ist, ist dieser Punkt erledigt.

Ich fahre nunmehr fort in der Behandlung der Generaldebatte. Zum Worte kommt der Herr Landesrat Machold.

Machold: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit dem 28. April führen wir in diesem hohen Hause unsere Generaldebatte ab. Wieviel Zündstoff, was für

eine Summe an Gereiztheit, an Erbitterung und Groll sich im Laufe der Zeit bei unseren Parteigenossen aufgehäuft hat, dafür gibt den Beweis diese Generaldebatte, die an Umfang ihresgleichen sucht. In geradezu erschöpfender, ausgiebiger, aber immerhin vorwiegend sachlicher Weise wurden alle aktuellen Themata hier behandelt. Ich habe es daher nicht notwendig, mich auf das Meritum aller dieser bereits ausreichend erörterten Fragen hier einzulassen und kann ich mich darauf beschränken, insbesondere auf die Reden der Führer der bürgerlichen Parteien, die sie in diesem Hause gehalten haben, in meinen Ausführungen zurückzukommen. Vor allem möchte ich bemerken, daß es mir nicht einfällt — auf der Gegenseite hat man sich so ausgedrückt —, mir einen nach dem andern der gegnerischen Redner herzunehmen oder vorzunehmen. Derartige Redewendungen erwecken den Eindruck, als wollte man den politischen Gegner am liebsten auf eine Bank legen und ihm nach dem bekannten Rezept 25 auf den bewußten Körperteil applizieren, eine Methode, zu der ich mich nicht bekenne. Ich werde vielmehr ganz sachlich auf die Ausführungen der einzelnen Führer der Parteien reagieren, soweit ich aus den Ergebnissen der Debatte das für notwendig halte. Der Vertreter der großdeutschen Partei, Herr Landesrat Dr. Hübler, hat Gelegenheit genommen, einige Zitate über unsere angebliche Kriegsbegeisterung zur Debatte zu stellen. Mein Parteigenosse Landesrat Resel hat schon darauf erwidert und hat festgehalten, daß eine Reihe von Zitaten falsch gebracht worden ist und daß die Interpretation derselben entweder auf Unkenntnis oder bewußter Irreführung beruht. Nachdem diese Sache von großer Bedeutung für unsere Partei ist und um mit derartigen Märchen aufzuräumen, möchte auch ich dazu einiges feststellen. Vor allem konstatiere ich, daß die Haltung der Parteien zum Weltkrieg nicht davon abhängt, ob einmal oder ein anderes Mal in einer oder der anderen Zeitung ein so oder so zu deutendes Zitat losgelassen worden ist und ob der eine oder andere Redakteur seine momentane persönliche Begeisterung in einer vielleicht etwas ungeschickten Auffassung zum Ausdruck gebracht hat, sondern die Haltung und Stellung der Parteien zum Weltkrieg kann nur von dem Entschlusse der Parteien selbst abgeleitet werden. Und da möchte ich dem Herrn Landesrat Dr. Hübler dringend nahelegen, sich das Manifest, das die sozialdemokratische Partei am Vorabend dieses verruchten Krieges herausgegeben hat, etwas näher anzuschauen. Ich habe mir dieses Manifest, das unsere Partei am Vorabend des Krieges, am 25. Juli 1914, veröffentlicht hat, also noch vor der Kriegserklärung, herausgesucht und möchte Ihnen das Wesentliche dieses Manifestes vor Augen führen, damit Sie sehen, wie ganz unberechtigt es ist, wenn man unsere Partei als eine Förderin des Krieges hinstellt oder behauptet, es ist ihr dieser Krieg sympathisch gewesen.

Dieses Manifest lautet in seinen wesentlichsten Teilen (liest):

„Wir sind überzeugt, daß für alles, was Österreich-Ungarn im Interesse des Schutzes seiner Staatlichkeit begehrt, die Erfüllung im Frieden zu erreichen war und

immer noch wäre und daß keine staatliche Notwendigkeit, keine Rücksicht auch auf ihr Ansehen die Großmacht zwingt, die Bahnen der friedlichen Verständigung zu verlassen. Deshalb erklären wir im Namen des arbeitenden Volkes, erklären es als die Vertretung der deutschen Arbeiter in Österreich, daß wir für diesen Krieg die Verantwortung nicht übernehmen können, daß wir für ihn und für alles, was aus ihm an furchtbar ernststen Folgen entspringen mag, denjenigen die Verantwortung zuschieben, die den verhängnisvollen Schritt, der uns vor den Krieg stellt, erforschen, unterstützt und gefördert haben.

Dem Volke ist es nicht gegeben, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Das Parlament, durch das es wirkt und spricht, ist stumm." — Sie werden sich erinnern können, daß das Parlament damals ausgeschaltet war. — (Liest): „Der politischen Freiheit in den Versammlungen und in der Presse sind Fesseln angelegt. In dem Bewußtsein der schicksalschweren Stunde soll noch einmal unser Mahnruf laut werden: Der Friede ist das kostbarste Gut der Menschen, das höchste Bedürfnis der Völker!"

Wir lehnen jede Verantwortung für diesen Krieg ab; feierlich und entschieden beladen wir mit ihr diejenigen, die ihn, hüben wie drüben, angestiftet haben und entfesseln wollen, und wir wissen uns darin einig mit den klassenbewußten Arbeitern der ganzen Welt und nicht zum wenigsten mit den Sozialdemokraten Serbiens. Feierlich bekennen wir uns zu der Kulturarbeit des internationalen Sozialismus, dem wir ergeben bleiben im Leben und verbunden bis zum Tode."

Verehrte Anwesende! Mit diesem Zitate aus dem Manifest der Partei glaube ich in einwandfreier Weise nachgewiesen zu haben, wie unsere Stellung zum Kriege war. Es mag sein, daß, speziell im Anfange, wo man in der bürgerlichen Presse mit allen Mitteln versucht hat, die Bevölkerung über die Ursache des Krieges zu täuschen, es mag sein, daß in der Zeit, wo man allen Menschen weißmachen wollte, daß der Krieg nur entbrannt sei gegen Rußland und den Zarismus, daß wir uns wehren müssen, damit dieser Zarismus nicht auch zu uns herüberkommt, es mag sein, daß damals auch in der einen oder anderen sozialdemokratischen Zeitung Bemerkungen enthalten waren, persönliche Entgleisungen einiger Redakteure, die jetzt ausgenützt werden können. Mit der Haltung der Partei zum Kriege hat dies aber gar nichts zu tun. Sie war eine kriegsgegnerische von Anfang bis zum Schlusse, das möchte ich festgehalten haben. Sie müssen aber mit der Laterne am helllichten Tage suchen gehen, um in einer unserer Zeitungen ein für Ihre Zwecke geeignetes Zitat zu bekommen, und beweisen werden Sie damit gar nichts. Wenn ich aber hergehe und eine bürgerliche Zeitung nach der anderen aus jener Zeit hernehme und sie durchsehe, so wird es mir sehr schwer fallen, auch nur eine Zeitung zu finden, in der Sie nicht zum Kriege geheßt haben. — Darin liegt der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Haltung zum Kriege, und das sind die Tatsachen.

Und nun zu den weiteren Ausführungen des Herrn Landesrates Dr. Hübler. Er hat sich hier über seine

einwandfrei festgestellte Beeinflussung der Gendarmeriekommandanten zum Zwecke der Verfolgung politischer Gegner verteidigt, aber sehr schlecht. (Dr. Hübler: „Da ist noch nicht das letzte Wort gesprochen!") Seine Verteidigung ist daneben gelungen. Jeder Mensch ist der Überzeugung, daß hier eine Beeinflussung durchgeführt worden ist, die auf das politische Gebiet geschoben werden muß. Landesrat Dr. Hübler hat an einen ihm bekannten Gendarmeriekommandanten ein Schreiben gerichtet und hat ihm darin direkt oder indirekt nahegelegt, einen sozialdemokratischen Vertrauensmann zu beseitigen. Das ist eine politische Beeinflussung, eine Schädigung der wirtschaftlichen Interessen eines politischen Gegners, gegen die wir uns mit allen Mitteln zur Wehre setzen müssen. (Wallisch: „Sehr richtig!") Ich möchte aus diesem Vorfall noch einen anderen Schluß ziehen als die Redner von unserer Seite, die bereits gegen dieses Vorgehen Stellung genommen haben: Wir wissen genau, daß die Gendarmerie stark beeinflusst wird von unseren politischen Gegnern. Wir waren aber bis nun der Meinung, daß die herrschende christlichsoziale Partei, die im Lande das Heft in der Hand hat, diese Geschäfte der politischen Beeinflussung bei Gendarmerie und Polizei allein besorgt, allerdings in etwas geschickterer Weise als der Herr Landesrat Dr. Hübler. Die Herren Christlichsozialen werden da keine Briefe schreiben, sondern sie wissen sich anders und besser zu helfen. Nun sehen wir aber, daß wir auch von anderer Seite diese politische Beeinflussung der Ordnungskörper zu erwarten haben und daß sie tatsächlich stattfindet. Meine Herren! Dieses Vorkommnis beweist uns, daß nicht nur die christlichsozialen Landeshauptleute Doktor Rintelen und Dr. Alhrer nach Gutdünken über die Gendarmerie verfügen, sondern daß auch andere Parteipolitiker, die in ihrer Koalition drinnen sitzen, sich da unbefugt einmengen. Das ist doch offensichtlich ein Armutszeugnis für die leitenden Persönlichkeiten der christlichsozialen Partei. Die Herren Landeshauptmänner Rintelen und Alhrer haben in ihrer Verantwortung erklärt, von der Sache nichts zu wissen. Ich bin überzeugt davon, daß das wahr ist, was sie gesagt haben und wird ihnen Landesrat Hübler keine Mitteilung gemacht haben über seine edlen Absichten. Uns muß sich dabei aber die Frage aufdrängen, ob hier nicht eine gewisse Arbeitsteilung vorgenommen worden ist, ob die Einflußnahme auf die Gendarmerie nicht etwa in der Weise stattfand, daß diejenigen sozialdemokratischen Vertrauensmänner in der Gendarmerie, die den Christlichsozialen im Wege sind, von den christlichsozialen Landeshauptleuten beseitigt werden sollen und daß man es bei den anderen sozialdemokratischen Vertrauensleuten, denen man von christlichsozialer Seite nicht entgegentreten will, weil sie nicht den Anhängern der christlichsozialen Partei, sondern den Anhängern der großdeutschen Partei im Wege sind, den Großdeutschen überläßt, sie unschädlich zu machen. Jedenfalls ist das der beste Beweis, daß dieses System der politischen Beeinflussung, daß dieses System, den politischen Gegner wirtschaftlich zugrunde zu richten, einen unhaltbaren Zustand darstellt, der unter allen Umständen beseitigt werden muß. Das ist

der einzig richtige Schluß, der aus diesem Vorkommnis gezogen werden muß.

Landesrat Dr. Hübler hat, wie so oft, auch diesmal wieder die antisemitische Walze eingespannt. Er hat uns, wie öfter schon, als Judensozi hingestellt, als die jüdisch-sozialdemokratische Partei. Diese seine Ergüsse waren auch Anlaß, daß ihm die Mitglieder der christlichsozialen Partei geradezu mit Begeisterung und mit Vehemenz Beifall geklatscht haben. Nun will ich mir den großdeutschen und christlichsozialen Antisemitismus einmal etwas näher unter die Lupe nehmen, um aufzuzeigen, wie es mit dem Antisemitismus in der Theorie und wie es mit ihm in der Praxis steht. Ich bemerke ausdrücklich, daß wir keine Gegner der Juden sind, sondern nur Gegner des Kapitalismus, wo wir ihn eben finden, und zwar sowohl bei den Juden als auch bei den Christen. Die Herren von der Gegenseite sind in der Hauptsache nach nur Gegner der Juden dann, wenn es sich um arme Juden handelt, mit den reichen Juden jedoch sind sie gut Freund. Darin liegt der Unterschied zwischen Ihnen und uns. Wenn ich die Judenfrage mit dem von uns bekämpften Kapitalismus in Zusammenhang bringe, so muß ich und jeder, der etwas Geschichtskennntnis hat, mir sagen, daß die Juden beim Entstehen des Kapitalismus gar keine entscheidende Rolle gespielt haben. Sie werden wissen, daß im 15. und 16. Jahrhundert die großen Kapitalisten in Norddeutschland keine Juden waren. Das waren vielmehr Christen, gut katholische Christen, und zwar die Fugger, die Welser, die Tucher, die Imhoff usw., lauter christliche Adelsgeschlechter, die sich zu großen Kapitalisten entwickelt haben. Juden waren keine darunter. Genau so wie in Deutschland, ist es auch in anderen Ländern, wie in Italien, in Frankreich, in Spanien, in England der Fall gewesen. Kapitalismus und Judentum müssen daher keineswegs in einen Topf geworfen werden. In allen diesen Ländern hat sich der Kapitalismus ohne Juden entwickelt, und diejenigen, die dort das Volk ausgepreßt und das Geld zusammengekratzt haben, das waren echte fromme Christen und keine Juden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der christlichsozialen Seite! Ihr Antisemitismus steht auf sehr schwachen Füßen. Ich möchte Sie daran erinnern, daß schon der Gründer der christlichsozialen Partei, der Herr Dr. Lueger und auch der Herr Bielowek sich sehr gerne von den Juden Rothschild und Gutmann haben einladen lassen, und sehr gerne bei ihnen zu Gaste waren, allerdings sind das kapitalistische Juden und keine armen Juden. Diese Ihre Führer haben sich sogar gebrüstet damit, daß sie solchen Einladungen folgen können. Ich möchte Sie weiters erinnern an die Haltung, die Sie seinerzeit gegenüber den jüdischen Großkapitalisten Rothschild und Gutmann in den großen Bergarbeiterstreiks eingenommen haben. Die christlichen Arbeiter in Mährisch-Ostau, Witkowitz usw., die damals eine immens lange Arbeitszeit gehabt haben, und einen schweren Kampf führten mit diesen Ausbeuterjuden, um eine Arbeitszeitverkürzung herbeizuführen, die haben Sie nicht in Schutz genommen. Wer hat aber damals die Rothschilds und Gutmanns auf

wärmste vertreten? Das waren Sie, meine Herren, das waren die Christlichsozialen. Sie kennen doch alle den Namen des Herrn Steiner, des späteren christlichsozialen Landeshauptmann-Stellvertreters von Niederösterreich. Er ist damals sogar hinausgereist in die Kohlenreviere, um die Herren Rothschild und Gutmann in ihrem Kampfe gegen die christlichen Arbeiter zu unterstützen. Sogar im Parlament hat er eine fulminante Rede gehalten zum Schutze dieser jüdischen Ausbeuter. Dieses Eintreten Ihrer Führer für diese Juden ist so weit gegangen, daß es selbst Anhänger Ihrer Partei zu bunt war und der christlichsoziale Kikeriki hat damals eine treffende satirische Abbildung gebracht. Auf der einen Seite ist Steiner gestanden als Schutzpatron für den jüdischen Kapitalismus, für Rothschild und Gutmann, und auf der anderen Seite geht eine große Anzahl christlichsozialer Parteigänger gegen einen armen jüdischen Hausierer los. Aber das ist nicht alles. Sie haben einen sehr bewährten Führer in Ihrer Partei gehabt, der einwandfrei von Freund und Feind als wahrheitsliebender Mensch geachtet war, nämlich den Herrn Prälaten Scheicher. In seinen Erinnerungen, im vierten Band, hat dieser Ihr Führer folgendes geschrieben (liest):

„Der Antisemitismus der christlichsozialen Partei ist den Juden nicht besonders gefährlich geworden. Tauszig, Lohnstein usw. blieben Großmächte zur Zeit der antisemitischen Herrschaft. Es tut mir leid, daß es so war, es wäre mir eine aufrichtige Freude, wenn ich mit Wahrheit etwas anderes sagen könnte.“

Sie sehen daraus einen neuerlichen Beweis, daß der Antisemitismus bei Ihnen nur dort anfängt, wo das Geld aufhört, bei den armen Juden, mit den reichen Juden aber vertragen Sie sich glänzend und sind sie sehr gerne beinander.

Die Großdeutschen haben die antisemitische Walze immer dann zur Hand, wenn Wahlen vor der Tür stehen. Damit wollen Sie die Bevölkerung über manches, über das eher zu reden wäre, hinwegtäuschen. Sie aberkennen dem Juden jedes Nationalitätsgefühl, Sie behaupten, er habe kein Heimatsgefühl. Daß das doch nicht so ist, hat einer Ihrer bewährtesten Führer der Großdeutschen, der Präsident Dinghofer, bei einem besonderen Anlaß sehr deutlich zum Ausdrucke gebracht. Wissen Sie, was Dinghofer am Grabe des Führers der österreichischen Sozialdemokraten Dr. Viktor Adler gesprochen hat, dieses Mannes, der bis zum letzten Atemzuge, obwohl er schwer herzkrank war, in seinem Ministerfessel gesessen ist und für die Interessen der Volkes gearbeitet hat? Ihr Präsident Dinghofer hat die Tätigkeit des Viktor Adler und sein Heimats- und Nationalgefühl, das ihm doch völlig mangeln mußte, weil er ja ein Jude war, folgendermaßen gekennzeichnet (liest):

„Viktor Adler! Du hast bis zu Deinem letzten Atemzug für das deutsche Volk gekämpft, gelitten, gelitten für das deutsche Volk und die gesamte Menschheit. An Deiner Bahre trauert ganz Deutschösterreich, das Deinem Vermächtnis und Deinem Willen gemäß in Zukunft wieder angehören soll dem großen deutschen Mutterland, von dem es nicht durch

den Willen des Volkes, sondern durch die Machthaber abgerückt ist. An Deiner Bahre trauert das ganze deutsche Volk, das Deinem weisen Rat, Deine warme Fürsorge, Dein warmfühlendes Herz, Deine kluge Mäßigung und nicht zuletzt Deinen mächtigen Einfluß schmerzlich und bitter entbehrt. An Deiner Bahre trauert aber auch die ganze Menschheit um den edlen, wahren, aufrichtigen Menschen."

So hat Dr. Dinghofer, der Führer der Großdeutschen Volkspartei, über die Tätigkeit eines Juden, über sein National- und Heimatgefühl gesprochen. Nun, meine sehr verehrten Herren Großdeutschen hier im Hause! Wie wird Ihnen denn zu Mute, wenn man Ihren Antisemitismus von dieser Seite behandelt? Sie schreien über die Juden, aber Sie stimmen für die Juden, wenns not tut. War es nicht eine Blamage, wie Sie in der letzten Zeit keine größere erlitten haben, als in der Nationalversammlung das B o s e l g e s e z zur Verhandlung kam und Sie letzten Endes für dieses Gesetz gestimmt haben? Wissen Sie noch, wie alle Ihre Provinzorganisationen Proklamationen und Proteste ohne Zahl veröffentlicht haben, und wie sie verlangten, nie und nimmer dürfe die Partei für das B o s e l g e s e z stimmen! Am Schlusse sind Sie doch zu Kreuz gekrochen, haben sich für den Juden B o s e l entschieden und haben für das B o s e l g e s e z gestimmt! Die Theorie und die Praxis steht eben bei Ihrem Antisemitismus in einem unüberbrückbaren Gegensatz. Vieles andere wäre noch anzuführen. Das Material hierüber ist so unerschöpflich, daß ich nur einiges davon vorbringen kann. Heute haben die Christlichsozialen dem Dr. H ü b l e r frenetischen Beifall geklatscht. Es war einst anders. Als Sie noch nicht mit den Christlichsozialen in einer Koalition gefessen sind, haben Ihre heutigen Koalitionsgegnossen über den großdeutschen Antisemitismus ganz anders abgeurteilt. Da hat die „Reichspost" am 2. Mai 1921 über den großdeutschen Abg. W a n e k, einem Ihrer berufensten und lauteften Streiter im Kampfe gegen das Judentum — (Doktor H ü b l e r: „Herr Kollega, das ist doch ein toter Mann, man wird doch nicht über einen Verstorbenen sprechen!") — ich will den Toten nicht beleidigen, ich führe nur geschichtliche Tatsachen an — geschrieben, daß Dr. W a n e k, obwohl er über die Juden so schimpft, Verwaltungsrat der Z e b u - A k t i e n g e s e l l s c h a f t ist und daß er ganz ruhig mit Dr. Siegmund F i s c h e r, Dr. Edgar F r a n k l und Oskar T r e b i t s c h zusammensitzt, und daß dieses Geschäft zwar nicht arisch, aber sehr rentabel ist. Sie sehen also auch an diesem Beispiel wieder, wie dieser Antisemitismus eigentlich beschaffen ist. Gegen unsere Partei operieren Sie immer damit, daß Sie uns unsere angeblich jüdischen Führer vorhalten. Und da werfen Sie alle in einen Topf. Da werden Männer zu Juden gestempelt, die genau so arisch sind wie der Dr. H ü b l e r oder W i h a n y oder Dr. J a k o b (!) A h r e r. Da werden Engels, Bebel, Liebknecht, K a u t s k y, Seitz, Renner und viele andere in einem Aufwaschen als Juden hingestellt. Und doch sind dies lauter waschechte Arier, jedenfalls bessere als der christlichsoziale Außenminister G r ü n b e r g e r und der christlichsoziale Finanzminister Viktor K i e n b ö c k. Aber,

meine Herren! Wenn es wirklich so wäre, daß bei uns die jüdische Intelligenz mehr zu finden ist als bei Ihnen, würden Sie das nicht für begreiflich finden? Ihre Hege, Ihr Antisemitismus treibt sie ja zu uns. Sie fühlen sich als Juden ausgestoßen aus der bürgerlichen Gesellschaft, ebenso wie die Proletarier, und das mag der Grund sein, daß eine Reihe Juden aus der Intelligenz zu uns kommt, die zu Ihnen nicht kommen können und wollen, weil sie von Ihrer, der bürgerlichen Gesellschaft durch Ihren Antisemitismus abgestoßen werden. Das möchte ich zum Antisemitismus gesagt haben. Schließlich möchte ich das Kapitel damit schließen, daß ich Ihnen, meine sehr geehrten Herren Großdeutschen, und auch Ihren Beifallspendern, den Herren drüben, die dort weiter am rechten Flügel sitzen, einen Auszug aus einem Artikel in der „G e r m a n i a" vorlese. Die „G e r m a n i a" ist bekanntlich ein Organ des Zentrums in Deutschland und hat in Aburteilung des Antisemitismus ungemein treffend folgendes geschrieben (liest):

„Wir wollen ganz davon absehen, daß der Antisemitismus gegen ein Grundprinzip der christlichen Lehre, der Nächstenliebe, verstößt. Schließlich bedeutet der Antisemitismus auch eine politische Gefahr. Es ist gewiß kein Zufall, daß der Antisemitismus besonders heftig auflebt, wenn es irgend etwas zu verschleiern gibt, wenn bestimmte Kreise ein Interesse daran haben, die Aufmerksamkeit von anderen Dingen auf die Juden zu lenken. Dann sollen diese an allem Schuld sein. Früher machte man sie für Hungersnot und Pestilenz verantwortlich, jetzt sollen sie den verlorenen Krieg und unser ganzes Elend allein verschuldet haben. Gewiß tragen auch die Juden ihren Anteil von Schuld an unseren heutigen Zuständen, aber er ist nicht größer als unser aller Schuld. Und dann sollte doch die Tatsache besonders zu denken geben, daß gerade die Träger des politischen und wirtschaftlichen Rückschlusses die eifrigsten Befürworter und Förderer des Antisemitismus sind. Es ist an der Zeit, einen deutlichen Trennungsstrich zwischen ihnen und uns zu ziehen." Damit möchte ich dieses Kapitel abschließen, nicht ohne Ihnen dringend naheulegen, diese Worte des Zentrumsorgans der deutschen Katholiken zu beherzigen. — Betonen möchte ich nur noch, daß wir keine Gegner der Juden sind. Ich bekenne mich offen dazu — das finde ich hier notwendig festzustellen, sonst wird mir auch einmal irgend eine Intervention für einen Juden vorgeworfen wie dem Genossen P o n g r a z die Intervention für den L i c h t e n f e i n — daß ich wiederholt in Steiermark und Wien eingetreten bin dafür, daß den Juden die Staatsbürgerschaft dann, wenn sie ihnen gebührt, nicht vorenthalten werde und daß sie genau nach denselben Grundsätzen behandelt werden müssen wie die Christen. Es ist ein Beispiel für die Rechtslosigkeit, in der wir leben, daß Menschen, die 20, 30 Jahre und noch länger, brave und unbescholtene Geschäftsleute waren — bessere wie so manche Christen — nur deshalb, weil sie eben Juden sind, die Staatsbürgerschaft nicht bekommen sollen. Ohne daß irgend ein wirklicher Anlaß vorhanden ist, werden Geschäftsleute, die früher in Galizien, Mähren, Schlesien zuständig waren, die ein ganzes Menschenalter in diesem

Staate gelebt haben, durch das christliche Regime um die ihnen gebührende Staatsbürgerschaft gebracht und dadurch schwer geschädigt. Ist das gerechtfertigt, daß man so vorgeht, daß man diese Leute anders behandelt wie die Katholiken oder Evangelischen, wenn gegen sie gar nichts anderes vorliegt, als daß sie Juden sind? Wir Sozialdemokraten behandeln jeden Menschen gleich, den Juden wie den Christen. Bei uns ist entscheidend, ob sie anständige Menschen sind.

Nun einiges über die sogenannte Freiheitlichkeit der Großdeutschen. Die Großdeutschen fühlen sich immer, besonders jetzt in der Zeit, wo sie mit den Klerikalen in einer Koalition sitzen, und für alle reaktionären Maßnahmen stimmen müssen, veranlaßt, ihre angebliche Freiheitlichkeit demonstrativ zum Ausdruck zu bringen. Dem Herrn Dr. Hübler war die von uns aufgeworfene Frage der Gewährung einer Subvention für die konfessionellen Schulen sichtlich höchst unangenehm. In seiner Verlegenheit hat da Dr. Hübler seine Stellungnahme dafür damit zu rechtfertigen versucht, daß er erklärt hat, diese Subvention erhalten auch die evangelischen und nicht nur die klerikalen Schüler. Er meinte, er müsse deshalb für die Subvention für die konfessionellen Schulen stimmen, um auch für die evangelischen Schulen etwas zu erhalten. Alle diese Ausreden und die schönen Vergleiche vom unsicheren „Ochsen auf dem Dache“ und den sicheren „Sammeln in der Hand“ wären nicht notwendig gewesen, wenn sich der Großdeutsche Dr. Hübler in dieser gewiß sehr bedeutungsvollen Frage, wie sich die Partei zur Religion und Schule stellt, an das Programm der großdeutschen Partei gehalten und sich dasselbe rechtzeitig etwas näher angeschaut hätte. Die großdeutsche Partei hat sich bei ihrer Neugründung auch ein neues Programm gegeben. Allzu viel hat sich gegen früher darin nicht geändert — das Hervorstechendste ist die Änderung des Namens der Partei. Früher haben sie sich Liberale, Deutschdemokraten, Alldeutsche, Nationale genannt und im Geschehen der Ereignisse und insbesondere der verschiedenen Wahlen sind diese Namen immer geändert worden. Nun haben wir die „Großdeutsche Volkspartei“. Sie hat sich — wie gesagt — ein Programm gegeben. Die Richtlinien über dieses ihr Programm werden etwas kühn als „Richtlinien der deutschen Politik“ bezeichnet. Dieses Programm sagt über Kulturpolitik ziemlich viel, und nimmt dieses Thema darin einen breiten Raum ein. Ich muß sogar gestehen, daß die „Kulturpolitik“ von einem modernen Gesichtspunkt aus behandelt wird — nur schade, daß sich die Partei nicht daran hält. Was sagen Sie nun über die Schule? Sie sagen da, daß die gesellschaftlichen Umbildungen der jüngsten Vergangenheit einen organischen Umbau unseres gesamten öffentlichen Erziehungswesens notwendig machen. Sie sagen, daß im freien Volksstaate die Schule dem Staate gehört. (Stametz: „Hört!“) Nun stellen Sie sich den Kontrast vor zwischen dieser programmatischen Erklärung und Ihrer Haltung hier im Hause zur Frage der Unterstützung der konfessionellen Schule. Sie sind froh, daß für Sie auch ein paar Kronen für die evangelische Schule abfallen und deshalb stimmen Sie für die hohen

Beträge für die katholischen Schüler und verleugnen Ihre Grundsätze. Mehr über dieses Programm, das Sie sich selbst geschaffen, und darüber, wie Sie es einhalten, finde ich nicht für notwendig zu sagen.

Ihre Freiheitlichkeit haben Sie aber auch in einer ganzen Reihe anderer Fragen sehr bekundet. Ich möchte da erinnern an Ihre Stellungnahme zur Ehereform. Die Christlichsozialen in Österreich sind nach dieser Richtung unduldsam, ganz im Gegensatz zu den Katholiken und Christen in anderen Ländern. Überall ist es möglich, daß katholische Eheleute, die rechtlich geschieden worden sind, wieder heiraten können, bei uns in Österreich nicht, wegen der Unduldsamkeit der Christlichsozialen. Die Christlichsozialen in Österreich betrachten es als unerhörten Angriff auf die Religion, wenn man nur über die Notwendigkeit einer Ehereform spricht. Das Unglück in den Familien vieler Tausender von Männern und Frauen, das Weitererschleppen dieser Lebensläge von Eheleuten, die längst nicht mehr zusammengehören, der Umstand, daß hunderte und tausende katholisch geschiedener Frauen ins Konkubinat getrieben werden — durch Verbot läßt sich das Geschlechtsleben nicht aus der Welt schaffen, die Leute kommen doch zusammen —, ist ihnen gleichgültig. Daß der Makel der ehelosen Geburt auf tausenden und tausenden Kindern lastet, alles das macht ihnen nichts. Sie setzen sich darüber hinweg, Sie wollen unter keinen Umständen eine Änderung der Ehereform herbeigeführt wissen. Etwas pikant wird die Sache dadurch, daß auch die Christlichsozialen hier Theorie und Praxis nicht ganz in Einklang zu bringen verstehen. Ich erinnere mich sehr genau, daß Ihr erster Chef, Fürst Liechtenstein, eine katholisch geschiedene Frau geheiratet hat. Wenn es also so wäre, wie die Christlichsozialen es sagen, daß die Religion in Gefahr kommt, wenn geschiedene Eheleute nochmals heiraten, so hätte Ihr oberster Parteichef in erster Linie religionslos werden müssen. Ich erinnere mich aber auch daran, daß die Tochter eines anderen Führers der christlichsozialen Partei, des Präsidenten des Nationalrates Dr. Weiskirchner, die auch eine katholisch geschiedene Frau war, wieder geheiratet hat und sich zu diesem Zwecke in Budapest von einem Israeliten hat adoptieren lassen. Wenn nun Präsident Dr. Weiskirchner sich nicht geschämt hat, die Dispens vom Ehehindernisse für seine Tochter zu erlangen und wenn auch in diesem Falle die Religion nicht in Gefahr geraten ist, dann müssen Sie uns schon gestatten, daß wir diese Unterschiede in Ihrer Theorie und Praxis aufzeigen und Ihre Argumente nicht für richtig halten. (Prisching: „Das war nicht genau so!“) Herr Kollege Prisching, das war genau so, wie ich es sage, ich kann Ihnen das nachweisen und ich rede nichts, was ich nicht beweisen kann. Ich kann Ihnen sogar den Namen dieses jüdischen Herrn nennen. (Prisching: „Das weiß ich schon!“) Das war der Budapestter Jude Isidor Weiß. (Prisching: „Die Rechtslage war eine andere!“) Die Rechtslage ist da Nebensache, Tatsache ist, daß sie dann eine protestantische Ehe geschlossen hat, diese katholisch geschiedene Frau, die Tochter Ihres Führers. Nur nebenbei: Wissen Sie, wie viele hunderte christlichsoziale Ehe-

leute sich beim sozialdemokratischen Landeshauptmann von Wien um die Ehedispens bewerben und sie auch erhalten haben?

Wir haben einmal die Möglichkeit gehabt, dieses Ehereformgesetz zu schaffen. Es war einmal die Möglichkeit, Ordnung in diese verworrenen Rechtsverhältnisse zu bringen, in diese Zustände, die auf die Dauer ganz unhaltbar sind. Ein Gericht entscheidet heute, daß eine Dispense gültig ist, und das andere Gericht hebt diese Entscheidung wieder auf. Wir haben derzeit in der Frage der Dispensen ein solches Chaos, daß doch eigentlich auch die christlichsoziale Partei dazu beitragen müßte, Klarheit zu schaffen. Schon in der provisorischen Nationalversammlung haben wir Sozialdemokraten die Initiative ergriffen, um es so weit nicht kommen zu lassen, wir haben einen Gesetzentwurf über die Änderung der Ehereform eingebracht, und Sie, meine Herren, von der großdeutschen, angeblich freiheitlichen Seite waren es, die das Zustandekommen dieses Gesetzes verhindert haben. Eine Anzahl von Ihnen ist noch vor der Abstimmung davongelaufen, um nicht dafür stimmen zu müssen, und ein anderer Teil von Ihnen hat in Bekundung seiner Freiheitlichkeit gegen das Gesetz gestimmt. So schaut Ihre Freiheitlichkeit aus, die Sie in unserem hohen Hause immer wieder betonen und zur Schau tragen. — Sie haben auch von unserem Programm geredet und stellen uns als Leute hin, die programmatisch nichts anderes tun dürfen, als die Massen nur immer aufzuheben. Nach Ihrer Auffassung sind wir eine Partei, die ausschließlich nur dem Klassenkampf dient und von ihm lebt, und diese Behauptung hat auch der Herr Abg. Hartleb bei dieser Generaldebatte wieder aufgestellt. Er meint, daß das Aufheben der Massen identisch sei mit dem Marxismus. Meine Herren! Sie verstehen das Wesen des Sozialismus nicht. Würden Sie die Geschichte verfolgen, würden Sie die Bücher Marx' nachlesen, dann würden Sie finden, daß der Klassenkampf von uns nicht um des Kampfes willen geführt wird, daß der Klassenkampf nicht Ziel und Zweck des Sozialismus, nicht die Frucht des Sozialismus, sondern daß er die Frucht des kapitalistischen Systems ist. Wir betreiben den Klassenkampf nicht um des Klassenkampfes willen. Wir wollen den Kapitalismus beseitigen, wir wollen herbeiführen, daß die Arbeitsmittel, die sich heute zum Hauptteil schon in den Händen einzelner weniger Großkapitalisten und der Banken befinden, der Gesamtheit zugeführt werden. Gelingt uns die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und dadurch die Aufhebung der Ausbeutung, dann werden damit auch die Klassen selbst aufgehoben und dann hört sich jede Klassenherrschaft auf. Unser Ziel ist also aus ehrlicherer Überzeugung nicht der Klassenkampf, sondern seine Aufhebung.

Sie sagen den Marxismus tot. Die Geschichte lehrt uns aber täglich und stündlich gerade das Gegenteil von dem, was Sie über den Marxismus sagen. Was lehrt uns Marx? Er sagt: Es kommt eine Zeit, wo alle Geld- und Machtmittel in den Händen einiger weniger Menschen vereinigt sein werden und wo die Masse der Menschen von diesen wenigen abhängig sein wird. Ist nicht die heutige Zeit der beste Beweis

dafür, daß Marx recht hat? Es ist wirklich so, daß die völlige Konzentration des Kapitals mit jeder Stunde näherrückt. Führt nicht auch der Börsenkrach, den wir in Österreich zu verzeichnen haben, zu einer weiteren Konzentration des Kapitals? Nicht nur die kleinen Banken werden jetzt von den großen aufgefressen, sondern auch die großen von den noch größeren — die Depositenbank gehört doch schon zu den Großbankinstituten! Und so sehen wir, daß die große Machtfülle des Kapitalismus immer mehr zur völligen Konzentration des Kapitals führt, daß die Zeit immer näher heranrückt, wo immer mehr Menschen wirtschaftlich von einigen Großkapitalisten und Banken abhängig sein werden und daß sich der Geldimperialismus aufrichtet, wie ihn Marx vor 60 Jahren angekündigt hat. Auf der einen Seite haben wir die Konzentration des Kapitals in den Händen einiger weniger, und auf der anderen Seite verarmen und verelenden immer größere Massen, und davon werden nicht nur die Arbeiter erfasst, sondern weit über die Kreise der Arbeiter hinaus kommt es zu dieser historischen Entwicklung. Und die kleinen Geister hier im Hause und anderswo mögen höhnen und spotten über den jüdischen Marxismus. Die Zeit der Erfüllung der Lehre Karl Marx' ist nicht mehr allzu ferne. (Beifall.)

Landesrat Dr. Hübler hat auch die Umsturzzeit in den Kreis seiner Erörterungen gezogen; er hat gesagt, nicht nur die Einstellung unserer Partei, sondern auch das Mitwirken, die Tätigkeit der Beamten habe mit dazu beigetragen, daß damals die Sache halbwegs friedlich vor sich gegangen ist. Ich stimme ihm ohneweiters in der Anerkennung der Beamten zu. Vielleicht könnte gerade ich über die Tätigkeit der Beamten, über die Emsigkeit, Geschicklichkeit und das Verantwortungsgefühl derselben mit mehr Berechtigung sprechen als Herr Dr. Hübler. Ich habe gerade in der schwersten Zeit in der Burg Gelegenheit gehabt, mit diesen Beamten zu arbeiten und ich weiß deren Arbeit genau zu schätzen. Es waren speziell Beamte im Ernährungsdienste tätig, die mit großer Hingabe tätig waren, die sich in beispielloser Geschwindigkeit in all die schweren Aufgaben dieser furchtbar schweren Zeit eingelebt haben und die nach jeder Richtung eine Stütze für die leitenden Personen bildeten. Aber diese Beamten hätten nicht eine Minute mit Ruhe dieser Tätigkeit sich hingeben können und alles wäre zusammengebrochen, wenn nicht die sozialdemokratische Partei mit aller ihr zu Gebote stehenden Macht für Ruhe und Ordnung eingetreten wäre, wenn wir nicht unser Leben aufs Spiel gesetzt hätten, um diese Ordnung herbeizuführen. Ich weiß nicht, ob heute gerade der richtige Moment ist, auf die Geschichte dieser Umsturzzeit näher einzugehen. Die raschlebige Menschheit vergißt allzu leicht, und die meisten von uns denken gar nicht mehr daran, wie diese Umsturzzeit in Steiermark vor sich gegangen ist. Wer weiß heute noch, daß wir in Steiermark den Umsturz schon viele Wochen vorher vorbereiteten und durchführten, bevor der allgemeine Umsturz in Österreich Platz gegriffen hatte? Viele wissen es gar nicht, daß wir damals in Steiermark eine gewaltige Revolution vollführten. Nur wenige tatkräftige und weit-

blickende Männer der Industrie, gemeinsam mit der sozialdemokratischen Partei, waren daran beteiligt, die meisten anderen hielten sich in Sicherheit fern. Ich habe damals Gelegenheit gehabt, mir Aufzeichnungen über die verschiedenen Phasen des Umsturzes zu machen. Das Material ist vorhanden und wird vielleicht später einmal Zeit sein, daselbe zu veröffentlichen. Heute will ich nur das eine sagen, daß zu einer Zeit, wo wir in Steiermark schon gewußt haben, daß es zum Zusammenbruch kommt und alle Abwehrmaßnahmen bereits ergriffen haben, die leitenden Stellen in Wien, im Kriegsministerium, sich noch in Sicherheit wiegten und behaupteten, daß die Front stark sei und halten werde. In der Überzeugung, daß bei einem solchen Zusammenbruch ohne rechtzeitige Vorkehrungen die Bevölkerung verhungern müsse und daß die zurückflutenden Truppen alles zerschlagen und vernichten würden, trafen wir unsere Maßnahmen. In dieser Zeit arbeiteten wir gemeinsam mit den Herren Dr. Kranz, Dr. Weidenhoffer und Dr. Wutte, die gleich unserer Partei zur vollen Überzeugung gekommen waren, daß, wenn nicht sofort eingegriffen wird, unser Land verloren sei. Wir haben damals einen Wohlfahrtsausschuß und aus demselben heraus ein Exekutivkomitee geschaffen und in einer historischen Nacht den damaligen Statthalter Elary zum Rücktritt gezwungen. Ich erinnere mich noch deutlich an diese Vorfälle, daran, wie dieser Mann, der die Geschichte dieses Landes durch Jahre selbstherrlich lenkte, der eine Machtfülle sandergleichen gehabt hat, im entscheidenden Moment klein geworden ist. Wie er uns bat, ihn auf seinem Posten zu belassen, ohne daß wir auf ihn hörten. Er mußte weichen. Wir waren zu dieser Unerbittlichkeit gezwungen, um die Bevölkerung und das Land zu retten. Unserem Wirtschaftsdirektorium, mit Dr. Wutte und Dr. Eisler und unseren Militärbevollmächtigten, mit Resel an der Spitze, hat es die steiermärkische Bevölkerung vornehmlich zu danken, daß sie vor dem Untergange gerettet worden ist. Die schwersten Tage haben wir erlebt, als das Militär zurückgeflutet ist. Diese Massen kamen demoralisiert, halb verhungert, nahezu ohne Kleider, teils per Bahn, teils zu Fuß, in Steiermark an. Wir mußten sie bekleiden, mußten sie ernähren, und im Lande waren nahezu keine Lebensmittel da. Wie oft mußte ich selbst in der Nacht zum Bahnhof hinaus, um gemeinsam mit einigen anderen Parteigenossen ein Blutbad zu verhindern. Die Bevölkerung weiß ja gar nichts davon, was sich alles damals ereignet hat. Oft ist Blut geflossen. Oft haben wir verhindert, daß die Maschinengewehre in Bewegung gesetzt worden sind, von Soldaten gegen ihre Offiziere, von Deutschen gegen Tschechen, und umgekehrt. So manche wären niedergeschossen worden am Bahnhofe draußen, wenn wir sie nicht geschützt hätten. So manchesmal konnten wir uns nicht anders helfen, als diese Offiziere zu internieren, um unsere eigenen, erbitterten Leute zu beruhigen. Am nächsten Tag in aller Frühe bin ich dann zum Genossen Resel aufs Militärkommando gelaufen, und schleunigst haben wir die Internierten weggeschickt, damit ihnen nichts passiert. Das war damals unsere Arbeit Tag und

Nacht, bei steter Lebensgefahr. Das sind so einige Reminiszenzen aus der Umsturzzeit, Herr Dr. Hubler. Alle diese Tatsachen sind Ihnen unbekannt. Sie waren, wie der Großteil des Bürgertums, ja nicht dabei. Ich selbst habe alle diese verzweifelten Situationen mitgemacht und ich kann nur sagen: Wenn wir Sozialdemokraten nicht gewesen wären, wenn wir nicht mit all unserer Kraft, mit all unserem Einfluß, mit Einsetzung unseres Lebens eingetreten wären für Ruhe und Ordnung, dann hätten die Ereignisse ein ganz anderes Ende genommen. Das Bürgertum ist damals durch die Einsicht der Arbeiterklasse und ihrer Führer, die Sie jetzt so bekämpfen, gerettet worden. Durch diesen niedrigsten Kampf statten Sie uns Ihren Dank ab! — Damit möchte ich die Ausführungen des Führers der großdeutschen Partei als von unserer Seite aus genügend beantwortet betrachten.

Ich komme nun zum Herrn Landesrat Winkler, dem Sprecher der Bauernbündler. Ich bin gewohnt, die Anständigkeit auch beim Gegner anzuerkennen, und deshalb erkläre ich offen, daß Herr Landesrat Winkler eine sehr sachliche und eindrucksvolle Rede gehalten hat. Aus seinen Worten klingt der Versuch heraus, die Gegensätze, die naturgemäß zwischen Produzenten und Konsumenten bestehen, zu überbrücken, der Versuch, eine gewisse Verständigung anzubahnen. Landesrat Winkler hat sich nicht grundsätzlich gegen die Vorschläge gewendet, die von unseren sozialistischen Wissenschaftlern aufgestellt worden sind, um dem Bauernstand zu helfen. Wir sind nicht der Auffassung, daß der Bauernstand zugrunde gehen soll, sondern er soll geschützt werden auch im Interesse der Konsumenten. Wir haben eine Reihe von Vorschlägen zur Förderung der Landwirtschaft gemacht. Der Herr Landesrat Winkler hat sich vornehmlich mit den Vorschlägen unseres Führers Dr. Bauer beschäftigt. Diese Vorschläge laufen darauf hinaus, daß man nicht allein in der Schaffung landwirtschaftlicher Zölle das Allheilmittel der Landwirtschaft erblicken soll. An Stelle des Getreidezolles schlägt Dr. Bauer ein Getreideimportmonopol vor. Der Herr Landesrat Winkler hat sich nicht direkt gegen ein solches Monopol ausgesprochen, nur hat er kein besonderes Vertrauen zu diesen gemeinwirtschaftlichen Anstalten, weil er dabei offensichtlich an die gewesenen Kriegszentralen denkt. Ein solches gemeinwirtschaftliches Unternehmen soll nach den Vorschlägen des Genossen Dr. Bauer diese Getreideimport besorgen. Das Mißtrauen des Landesrates Winkler ist nicht ganz unberechtigt, aber doch schießt er mit seiner Aburteilung der gemeinwirtschaftlichen Anstalten in Bausch und Bogen übers Ziel. Ich gebe ohneweiters zu, daß eine Reihe von solchen Anstalten sich nicht bewährt hat. Sie müssen aber auch die damaligen Verhältnisse berücksichtigen, die Zeit, in der diese gemeinwirtschaftlichen Anstalten ins Leben gerufen worden sind. Sie müssen sich vorstellen und sich daran erinnern, daß die meisten Menschen, mit denen man damals arbeiten mußte, viele Jahre draußen an der Front oder in der Etappe gestanden sind, daß ihr Handwerk das Töten, das Umbringen von Menschen war, und daß sie dadurch und auch durch das Tachi-

nieren in den Kanzleien des Hinterlandes jeder normalen Tätigkeit, jeder eigentlichen Arbeit entwöhnt waren. Diese Menschen mußten ganz anders behandelt werden, als es zum Glücke jetzt wieder der Fall ist. Sie waren nicht gewohnt zu arbeiten, Ordnung zu halten; sie mußten sich erst wieder einleben in normale Verhältnisse, und deshalb haben eine Reihe solcher gemeinwirtschaftlicher Anstalten versagt. Das muß heute nicht mehr so sein, denn aus Fehlern wird man klug. Ich bin überzeugt, daß man heute ganz gut Einrichtungen treffen kann, die ein klagloses Funktionieren solcher Anstalten gewährleisten würden. Verweisen möchte ich übrigens darauf, daß es auch gemeinwirtschaftliche Anstalten gibt, die in jener Zeit geschaffen wurden und die sich bis auf den heutigen Tag erhalten und bewährt haben. In Steiermark haben wir die Steirischen Fahrzeugwerke in Puntigam geschaffen, eine gemeinwirtschaftliche Anstalt, die sich zusammensetzt aus dem Land, dem Bund und der Gemeinde Graz. Diese gemeinwirtschaftliche Anstalt ist bis auf den heutigen Tag sehr gut gegangen. Beweis, daß sie floriert, ist ihre Nichtbeachtung in der bürgerlichen Presse. Wenn es anders gewesen wäre und sie versagt hätte, wären die Förderer der Privatkapitalisten in ihren Zeitungen gewiß schon längst über sie hergefallen. Aber auch die Genossenschaften, die Sie, die Landwirtschaft und wir, die Konsumenten, haben, bieten den Beweis dafür, daß der Privatkapitalismus gut und leicht ersetzt werden kann. Allerdings steckt alles dies noch in den Kinderschuhen und müssen die Anfangskrankheiten überwunden werden. Ihren Genossenschaften ist es auch nicht anders gegangen, wie den gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen. Auch sie haben anfänglich große Schwierigkeiten zu überwinden gehabt. Auch sie mußten erst die Leute suchen, die Personen schulen und erziehen, bis sie Ihnen die Gewähr bieten konnten, daß die Genossenschaft richtig geführt wird. Heute sind Sie über diese Anfangsschwierigkeit hinweg. Es ist sicher, daß auch die gemeinwirtschaftlichen Anstalten gedeihen, man muß die Sache nur ordentlich anfangen.

Der zweite Redner der Bauernbündler, der Herr Abg. Hartleb, der soeben zu meinem Bedauern den Saal verlassen will (Hartleb: „Ich bleibe schon!“), hat sich mit uns Sozialdemokraten in einer ganz anderen Form auseinandergesetzt, als sein Herr Kollege Winkler. Seine Ausführungen haben so gehässig geklungen, und hat er ganz offensichtlich und mit einer gewissen Bissigkeit versucht, unüberbrückbare Gegensätze zwischen den Bauern und Arbeitern zu konstruieren. Eine ganz harmlose und sicher nicht böse gemeinte Äußerung des Abg. Aulf gegenüber dem Kollegen Peintinger war ihm Anlaß, um den angeblich verspotteten Bauernstand in Schutz zu nehmen. Diese Kritik der Worte des Kollegen Aulf hätte der Abg. Hartleb ganz gut unterlassen können, zumindest stand sie ihm nicht zu. Nehmen Sie zur Kenntnis, Herr Abg. Hartleb, daß es weder unserer Partei, noch dem Kollegen Aulf eingefallen ist, noch einfallen wird, irgendwas über die Bauern zu sagen, was einer Verhöhnung oder Verpötlung gleichkommt. Ich habe die Bemerkungen des Abg. Aulf keineswegs

so aufgefaßt wie der Abg. Hartleb, und mit mir wahrscheinlich der überwiegende Teil sämtlicher Abgeordneten. In diesem hohen Hause ist schon so manche Entgleisung vorgekommen — auf Ihrer und auf unserer Seite. Ich kann absolut nicht behaupten, daß gerade auf unserer Seite, bei meinen Parteigenossen, alle Fremdwörter so ausgesprochen werden, wie sie ausgesprochen werden sollen. Und wenn dem Kollegen Abg. Peintinger auf der christlichsozialen Seite die Verballhornung eines Fremdwortes unterließ, so ist dies sicher kein Malheur und steht er damit nicht vereinzelt da. Und wenn Kollege Aulf in Form eines Witzes darauf zurückkam, so möge der Herr Abg. Peintinger zur Kenntnis nehmen, daß kein Mensch ihn damit verspotten wollte, und schon gar nicht den Kollegen Peintinger, der allen Abgeordneten als liebenswürdiger, entgegenkommender und geradliniger Mensch bekannt ist. Damit glaube ich diesen Zwischenfall loyal erledigt zu haben. Es wäre absolut nicht notwendig gewesen, daß dem Abg. Peintinger und dem angeblich von uns beschimpften Bauernstande ein Ex-offo-Vertreter in der Person des Abg. Hartleb erstanden wäre. Dies zum persönlichen Teil der Rede des Abg. Hartleb.

Nun zum sachlichen Teil. Der Herr Abg. Hartleb hat aus den Ausführungen des Kollegen Aulf einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen ihm und unserem Kollegen Gföller herauskonstruieren wollen. Gegenüber unserem Kollegen Gföller, der auf das Kleinbauerngeleise eingestellt war, soll Kollege Aulf bei Erörterung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens aus dem „Industriegeleise“ nicht herausgekommen sein. Ich glaube, Herr Kollege Hartleb, Sie versuchen da bewußt, diese Sache auf ein „Nebenleise“ zu schieben. Kollege Aulf hat nicht behauptet, daß wir Gegner der Steuerbegünstigung für die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind. Das ist nicht zutreffend. Wir sind Freunde und Anhänger der Begünstigung der Genossenschaften im allgemeinen. Wir haben gegen eine Begünstigung der landwirtschaftlichen Genossenschaften gar nichts einzuwenden. Wir wollen nur haben, daß sich diese Begünstigungen nicht einseitig nur auf die landwirtschaftlichen Genossenschaften erstrecken, sondern daß auch die Konsumgenossenschaften der Arbeiter und Angestellten der gleichen Begünstigungen teilhaft werden. Das ist unsere Stellung, und wenn vielleicht der Herr Abg. Aulf sich undeutlich ausgedrückt haben sollte, etwas anderes hat er nicht gemeint. Und wenn Sie, Herr Kollege Hartleb, der Sie sich sehr viel darauf zugute halten, in allen Steuerfragen bewandert zu sein, sich die neue Körperschaftsnovelle angeschaut haben, so werden Sie gefunden haben, daß diese die Genossenschaften sehr benachteiligt. Unter dem Sammelbegriff „Körperschaft“ werden da alle Formen der Assoziationen zusammengefaßt und es wird kein Unterschied gemacht zwischen Unternehmungen des Landes, der Gemeinden und zwischen Unternehmungen der Genossenschaften gegenüber den kapitalistischen Unternehmungen, sondern alle werden gleichgestellt. Sie werden aber auch in diesem Gesetzesentwurf finden, daß den landwirtschaftlichen Genossenschaften noch eine gewisse Begünstigung gewährt

wird, währenddem aber den Konsumgenossenschaften jede Bevorzugung vorenthalten wird. Beispielsweise wird die Steuerfreiheit für die landwirtschaftlichen Genossenschaften auch dann gewährt, wenn sie mehr als 4 Prozent Zinsen für die Spareinlagen vergüten. Es ist berechtigt, daß sie diese Begünstigung bekommen, aber wir verlangen sie mit gleichem Rechte auch für uns. Schließlich muß doch festgestellt werden: Nicht ein Monopol der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist es, für den Bauernstand zu wirken, sondern es ist dies ihre soziale Pflicht, genau so, wie es unsere Pflicht ist, durch unsere Konsumentenorganisationen für die Konsumenten zu wirken. Eine vollständig gleiche Behandlung bei Erteilung von Begünstigungen ist demnach berechtigt. Wir haben viele Berührungspunkte miteinander, und eine gewisse Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften mit unseren Genossenschaften bei Ausschaltung des lästigen, nicht notwendigen, verteuern wirkenden Zwischenhandels kann nur im beiderseitigen Interesse gelegen sein. Und wenn Sie uns und wir Sie in der Frage der Förderung des Genossenschaftswesens zu unterstützen die Absicht haben, dann werden wir uns auf diesem Gebiete zweifellos finden.

Der Herr Abg. Jenz (Rufe: „Wo ist er?“ — Jenz: „Ich bin schon da!“) — es ist mir sehr erwünscht, daß Sie da sind, Herr Pfarrer — hat ebenfalls über die Agrarier gesprochen. Er hat die ehemalige Kriegs-Getreideverkehrsanstalt einer geradezu vernichtenden Kritik unterzogen, was mich einigermaßen gewundert hat. Herr Kollege Jenz, gerade Sie wissen es sehr gut, daß die Kriegs-Getreideverkehrsanstalt genau so wie alle anderen Zentralen nur ein Produkt des Krieges war. Sie wissen es genau so wie ich, daß, wenn diese Kriegs-Getreideverkehrsanstalt nicht bestanden hätte, wir alle miteinander verhungert wären; denn aus dem, was wir im eigenen Lande, von Ihren Bauern, aufgebracht haben und ausbringen konnten, konnte die Bevölkerung nicht leben. Wir waren alle miteinander keine Freunde dieser Zentralen, aber wir mußten sie mit in Kauf nehmen. Sie waren eben ein notwendiges Übel. Wenn es aber unbedingt notwendig gewesen wäre, sie schon früher aufzulösen, wie der Herr Abg. Jenz behauptet — ich will nicht sagen, daß sie so lange hätten bestehen müssen, als sie bestanden haben —, dann wäre es doch Ihrer Partei sehr leicht gefallen, dies zu veranlassen. Sie haben doch dazumal das Heft in der Hand gehabt, und es stand doch nur bei Ihnen, diese Zentralen früher aufzulösen, als es geschah. Sie wußten aber sehr genau, daß das nicht ging und deshalb steht Ihnen diese nachträgliche Kritik nicht zu. Wir haben damals gemeinsam miteinander in diesen Zentralen gearbeitet und mußten es tun. Der Herr Abg. Jenz findet einen schweren Kontrast in unseren Reden gegenüber der Landwirtschaft von dazumal und heute. Wir haben allerdings hier im Hause Debatten über die Bauern abgeführt, die ganz anders waren als heute. Sie sagen, wir sollen die stenographischen Protokolle hernehmen und unsere früheren Reden über die Landwirtschaft mit den heutigen vergleichen. Das ist gar nicht notwendig, denn unser Erinnerungsvermögen reicht noch so weit zurück. Ich gebe ohne-

weilers zu, daß sich damals sehr große Differenzen ergaben in den beiderseitigen Auffassungen. Sie waren aber voll begründet. Alle Landwirte werden mir zugeben müssen, daß diese Kontraste und Gegensätze damals ihre Ursachen hatten. Was bildete denn für uns Hinterländer im ganzen Krieg und weit in die Nachkriegszeit hinein die Hauptfrage? Doch allein immer wieder nur die Ernährung der Bevölkerung. Die Bevölkerung der Städte und Industrieorte stand oft und oft geradezu vor dem Hungertode. Allerhand Zwangsmaßnahmen mußten ergriffen werden, um das Äußerste zu verhindern. Daß die Bauern gegen diese Maßnahmen waren, das liegt in der Natur der Sache. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß es den Landwirten in der damaligen Zeit in jeder Beziehung viel, viel besser gegangen ist wie den Städtern. Vor allem haben sie diese furchtbaren Ernährungsorgen nicht gehabt. Währenddem sich die Hausfrauen in der Stadt sorgen mußten um ein Stückchen Fleisch, ein bißchen Fett, um Mehl, Milch und Brot für ihre Kinder, waren alle diese Fragen für die Bauern gelöst. Und der Großteil der Bauern war gegenüber dem Jammer, dem Elend und den Sorgen der städtischen Bevölkerung harthörig und hartherzig. Und da sind diese Gegensätze entstanden. Damals hat auch der Herr Pfarrer Jenz eingesehen, daß man zum Zwecke der Ernährung der städtischen Bevölkerung zu Zwangsmaßnahmen greifen müsse. Herr Kollege Jenz! Sie werden sich doch erinnern können an das ursprüngliche Viehrequisitions-gesetz, das dann in das sogenannte Jenz'sche Vieh-aufbringungs-gesetz umgeändert wurde nach Ihrem Rezept. Sie selbst, Herr Pfarrer Jenz, haben es erfunden, im besten Glauben, der Not in der Stadt abzuhelpen. Und doch ist auch dieses Zwangsgesetz schmächtig und elendig zusammengebrochen und die christlichen Landwirte haben sich auch diesen Anordnungen, die von einem Pfarrer stammten, nicht untergeordnet. Also damals, Kollege Jenz, waren Sie genau so wie ich überzeugt davon, daß Zwangsmaßnahmen gegen die Bauernschaft notwendig waren. Wir Sozialdemokraten haben uns auch damals den Bauern gegenüber sehr loyal und anständig verhalten. Ich selbst bin im Kriege im Ernährungsausschuß der k. k. Statthalterei gewesen, war auch draußen in Wien im Zentral-Ernährungsamte, im Wirtschaftsdirektorium und in einer Reihe anderer ähnlicher Körperschaften tätig und habe mich immer bemüht, die Landwirte im guten an ihre Pflichten der Allgemeinheit gegenüber zu gemahnen. Sie können die diesbezüglichen Protokolle, soweit sie vorhanden sind, nachlesen. Ich habe mich mit Erfolg dafür eingesetzt, daß ein System der Kontingentierung in der Ablieferung Platz greift, damit eine überflüssige, nicht notwendige Drangsalierung gegen die Bauernschaft aufhört. Ich bin entschieden dafür eingetreten, daß diese Kontingentierung für die steirischen Bauern gerecht bemessen wird — gedankt hat es mir die christlichsoziale Partei in eigener Weise. In nicht sehr fairer Weise hat der christlichsoziale Führer Abg. Kunisch in den Wählerversammlungen darauf verwiesen, daß ich als sozialdemokratischer Abgeordneter und steirischer Wirtschaftsdirektor mich für die Interessen der Landwirtschaft und entgegen den Interessen der Kon-

umenten für eine Herabsetzung des Getreidekontingents aussprach. Durch geraume Zeit wurde meine diesbezügliche Rede im Ernährungsausschusse in Wien in der christlichsozialen Presse Österreichs gegen die Partei ausgenüßt. Und doch habe ich es nur als meine Pflicht erachtet, auch von der Bauernschaft nichtberechtigte Schikanen abzuhalten, und in diesem persönlichen Sinne und Geiste habe ich meine Funktionen ausgefüllt.

Herr Pfarrer Jenz hat sich als unbedingter Anhänger der Agrarzölle bekannt. Wir haben eine Reihe anderer Vorschläge gemacht. Wir haben das Prämien-system in den Vordergrund der Erwägungen gestellt, weil wir der Meinung sind, daß die Landwirte, die ein gewisses Quantum erzeugen, durch Gewährung von Prämien Lust und Liebe zur Produktion bekämen. Es darf doch nicht übersehen werden, daß die Zölle nicht den Landwirten allein zukommen, sondern daß sie zum großen Teile vom Steuereiskus aufgefressen werden. Man muß deshalb nicht unbedingt Anhänger der Zölle sein, wenn man die Landwirtschaft fördern will. Auf diesem Gebiete stehen sich eben Behauptungen und Auffassungen gegenüber. Festgestellt sei, daß auch wir Sozialdemokraten ein großes Interesse daran haben, wie der Landwirtschaft geholfen werden kann, weil wir wohl wissen, daß dies auch im Interesse der Allgemeinheit gelegen sei.

Ich komme nun zum Redner der Christlichsozialen, zum Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Doktor Uhrer, der zu meinem Leidwesen im Saale nicht anwesend ist. Dr. Uhrer hat eine ganze Reihe von Fragen hier erörtert, zumeist in einer Entgegnung auf die Ausführungen meines Kollegen Resel, zum Teil aber auch aus eigener Initiative. Dr. Uhrer hat unter anderem auch über die Regierungssitzungen gesprochen und hat die Unpünktlichkeit bei den Regierungssitzungen nicht nur auf die Laune der Vorisihenden, sondern auch der anderen Regierungsmitglieder zurückgeführt. Das Telephonnummer 2252, das meinen Kollegen, den Herrn Landesrat Oberzaucher, herbeirufen muß, und das Telephonnummer 4223, das ist nämlich mein Telephon, hat dabei eine gewisse Rolle gespielt. Ich gestehe ohneweiters ein, daß diese Sitzungen von mir nicht mehr pünktlich besucht werden, und zwar deshalb, weil mir leid um die Zeit ist. Wenn die Sitzung um 9 Uhr angesagt und um 11 Uhr der Vorisihende noch nicht da ist, und sich das immer wiederholt, wird es mir doch nicht einfallen, zwei Stunden zu warten. Da lasse ich mich eben beim Erscheinen der hohen Herren Vorisihenden telephonisch verständigen und erscheine dann auch. Ich bin nicht Berufspolitiker, sondern habe einen Beruf, in dem ich sehr viele und sehr wichtige Arbeit zu leisten habe. Unsere Unpünktlichkeit ist nur eine Folge der Unpünktlichkeit der anderen, und ich lehne es entschieden ab, daß wir an dem nicht rechtzeitigen Anfangen der Landesregierungssitzungen irgend eine Schuld tragen. Wenn in einer Körperschaft Ordnung sein soll, dann hat diese Ordnung von oben herab zu kommen. Ich bin ja auch Vorisihender bei einer ganzen Reihe von Sitzungen, und ich kann sagen, daß es bei mir keine solche Unpünktlichkeit gibt. Ich bin aber als Vorisihender rechtzeitig da und fange pünktlich

an. Es fällt niemanden ein, um eine Viertelstunde, geschweige denn um zwei Stunden später zu kommen. Wenn die Landeshauptleute Ordnung bei den Sitzungen haben wollen, so müssen sie es auch so machen wie ich. Sie müssen eben dann mit gutem Beispiel vorangehen, und wenn das geschieht, werden wir sie bei ihrem Bestreben, die Mitglieder der Landesregierung zur Pünktlichkeit zu erziehen, gewiß recht kräftig unterstützen.

Nun zu der aufgeworfenen Frage der Heimwehren. Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer sagt, die Heimwehren sind notwendig, sie sorgen für die Ruhe und für die Ordnung. Wir sagen hingegen, die Heimwehren sind nicht notwendig, sie sind überflüssig! Auf Ihrem christlichsozialen Parteitage und auch hier haben Sie sich wiederholt damit gebrüstet, daß es Ihnen gelungen sei, die Menschen in Steiermark zur Ordnung zu erziehen, das Militär, die Gendarmerie, die Polizei fest in die Hand zu bekommen, und daß dadurch Steiermark zu einem festen Bollwerk der Ordnung und Sicherheit geworden sei. Warum dann noch die Aufrechterhaltung dieser Heimwehren, wenn ohnehin alles so in Ruhe und Ordnung schwelgt? Die Heimwehren bilden nach unserer Überzeugung geradezu eine Stätte steter Beunruhigung. Sie sind geradezu da, um die wirklich für die Aufrechterhaltung der Ruhe vorhandenen Institutionen der Polizei und Gendarmerie zu miszkreditieren! Wie sie für die Aufrechterhaltung der Ruhe sorgen, dafür haben wir Beweise. Ich möchte Sie nur erinnern an die Vorfälle in Gosdorf, wo die Heimwehren aufmarschierten, weil die Bauern nicht ablieferten und wo die Gendarmen halb totgeschlagen worden sind. Das ist wahrlich kein Beweis dafür, daß die Heimwehren für die Ordnung im Lande notwendig sind.

Nun, meine Herren, zu den Monarchisten! Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer hat da gemeint, wir sehen Gespenster. Es mag schon sein, meine verehrten Anwesenden, daß Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer recht hat. Ich selbst bin schon so benommen — wahrscheinlich infolge der langen Andauer dieser Debatte —, daß ich bei hellichem Tage solche Gespenster sehe. Wenn ich so hinüberschauen in Ihre Reihen, so kommt es mir vor, als sehe ich dort tatsächlich in der letzten Bank ein monarchistisches Gespenst sitzen. (Heiterkeit.) Mir kommt vor, als sehe ich dort das Gespenst des Herrn Oberstleutnants S a g b u r g. Aber wenn ich genauer hinsehe — die Täuschung mag auf die Dämmerung in diesem Saale zurückzuführen sein —, so komme ich darauf, daß das doch kein Gespenst ist, sondern der Herr Oberstleutnant S a g b u r g in Fleisch und Blut. (Lebhafte Heiterkeit.) Er sitzt gemütlich unter Ihnen, er, der von den Legitimisten als Kandidat aufgestellt und Ihnen präsentiert worden ist, der Herr, der monarchistische Interessen vertritt. Es ist also keine Täuschung, keine Gespensterseherei, wie Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Doktor Uhrer meinte, sondern raue Wirklichkeit, wenn wir Sie als Freunde und Förderer der Monarchisten bezeichnen. Ihr ganzes Vorgehen, Ihr ganzes Verhalten den Monarchisten gegenüber gibt uns Anlaß zu einem gewissen Mißtrauen Ihnen gegenüber. Auch die Monarchisten haben sich über uns nicht zu beklagen.

Wie sind wir vorgegangen gegen die Repräsentanten des Monarchismus in Österreich? Ist dem herrschenden Kaiserhause irgend etwas geschehen? Wir haben den Kaiser lediglich des Landes verwiesen. Bei allen großen Revolutionen in den anderen Ländern, über die die Geschichte lehrt, hat man da ganz andere Erscheinungen erlebt: Da sind die Köpfe dieser Regierenden gefallen. Wie haben Sie unsere Courtoisie gelohnt? Als Kaiser Karl eines schönen Tages gegen sein gegebenes Ehrenwort nach Österreich zurückgekommen ist und wir dann Vorfrage treffen wollten durch ein Gesetz, daß das nicht mehr geschieht, haben Sie dagegen gestimmt. Eine ganze Reihe solcher und ähnlicher Vorkommnisse lassen unser Mißtrauen gegen Sie — und unsere Annahme, daß Sie Förderer der Monarchisten sind — als begreiflich erscheinen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer hat auch das in Aussicht genommene Wiedersehensfest des Eisernen Korps besprochen. Er hat diese Veranstaltung so hingestellt, als ob es sich nur darum handeln würde, die Kameradschaftlichkeit neu aufleben zu lassen, die man gewonnen hat in den Schützengräben. Wir glauben, daß diese Wiedersehensfeste eine ganz andere Tendenz haben. Es sind heute noch eine ganze Reihe monarchistischer Offiziere im Heere, die jede Möglichkeit benützen, um wiederum den alten Militarismus neu aufleben zu lassen, die jede Gelegenheit suchen, um wieder alles vorzubereiten für einen neuerlichen Krieg, die geradezu darin schwelgen, an diesen unseligen aller unseligen Kriege die Erinnerung wachzuhalten. Ich gestehe ohne weiteres, daß wir Sozialdemokraten gar keine Ursache haben, an der Verherrlichung dieses schrecklichen Krieges teilzunehmen, und jeder vernünftige Mensch muß diese Auffassung mit uns teilen. Wenn ich daran denke, daß im Laufe dieses entsetzlichen Gemetzels 12 Millionen Menschen von Geschossen durchbohrt worden sind und draußen irgendwo liegen, in kühler und fremder Erde, befrauert und beweint von ihren Eltern, Geschwistern usw., wenn ich mir hier die Hinterbliebenen dieses Krieges, die Witwen, die Waisen, die Kriegsbeschädigten anschau, dann graust es mir, dann vergeht mir jede Lust auch nur an diese Katastrophe zu denken, dann fühle ich die Verpflichtung in mir, zu helfen, alles hintanzuhalten, was geeignet wäre, wieder so ein Unglück für die Menschheit herbeizuführen. Sie aber wollen das Gegenteil. Sie wollen vor allem die Bauern, die zurückgekommen sind als Gegner des Militarismus, wieder einfangen für Ihre Zwecke, Sie rechnen damit, daß die Menschen vergesslich sind und Sie wollen durch solche Veranstaltungen wieder eine militaristisch-monarchistische Stimmung schaffen, die es Ihnen ermöglicht, die Massen wieder so zu leiten, wie ehemals. Hierin liegt der Gegensatz zwischen Ihnen und uns. Deshalb sind wir Gegner derartiger Veranstaltungen, die in nichts anderes ausarten, als wie in eine Verherrlichung und Verhimmelung dieses Krieges, der wie eine wilde, losgelassene Bestie über die Menschen hereingebrochen ist, und dessen Leidtragende alle sind, insbesondere aber das deutsche Volk.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer hat in diesem Zusammenhange genau so wie Herr

Landesrat Dr. Hübler Zitate verlesen und hat versucht zu beweisen an so einigen Zitaten, daß wir auch damals diesen Krieg begrüßt haben. Ich habe schon gesagt, daß nicht die Auslassungen einzelner beweisen, sondern die Stellung der Partei selbst und für uns spricht unser Manifest. Auch für Sie spricht Ihr Manifest, das Sie bei Beginn des Krieges verlautbart haben. Vielleicht haben Sie es noch in Rück Erinnerung, was ich Ihnen aus dem sozialdemokratischen Manifest vorgelesen habe, aus dieser historischen Erklärung, die wir an die Menschheit in der damaligen Zeit gerichtet haben. Ihr Manifest lautet ganz, aber ganz anders. Am 2. August 1914 haben Sie es verbreitet und Sie sagen in demselben (liest):

„Seine Majestät, unser allergnädigster Kriegsherr, hat seine Völker zu den Fahnen gerufen. Mit glühender Begeisterung haben die Völker Österreichs diesen Ruf vernommen. Die Zeit der Abrechnung mit dem unruhigen, treulosen, ränkefüchtigen und ländergierigen Serbien ist endlich gekommen und die Völker Österreichs haben sich gefunden. Wie eine festgefügte Phalanx, die keine Macht der Erde zu durchbrechen imstande sein wird, stehen die Nationen zusammen.“

Die Völker Österreichs sind einig, eines Herzens und eines Sinnes in der Liebe für ihren Kaiser und für ihr Vaterland. Millionen und Millionen Österreicher sind heute von einem und demselben Gedanken beseelt, für den Kaiser und für die Ehre und den Ruhm des Vaterlandes Gut und Blut zu opfern. Die altbewährten Habsburgermauern, die Liebe der Völker zu ihrem Monarchen, werden ein unüberwindliches Bollwerk sein, an welchem eine Welt von Feinden zerschellen wird.“

Das war Ihr Manifest und damit ist Ihre Stellung zu diesem Kriege für alle Zeit festgelegt. Sie haben aber auch noch etwas anderes getan. Sie haben sich nicht darauf beschränkt, dieses Manifest herauszugeben, sondern Ihre Reichsparteileitung, Ihr oberster Parteichef Landmarschall Prinz Liechtenstein hat an die kaiserliche Kabinettskanzlei ein Huldigungstelegramm gefendet, um die Gefühle unerschütterlicher Treue in einer wirkungsvollen Form zum Ausdruck zu bringen.

Dieses Huldigungstelegramm lautet (liest):

„Die Anhänger der christlichsozialen Partei scharen sich in allen deutschen Kronländern begeistert um die Fahne des Kaisers und beauftragen mich in ungezählten Kundgebungen, in diesen ernsten Zeiten die Gefühle unwandelbarer Loyalität an die Stufen des Thrones gelangen zu lassen.“

Mit diesem Teil kann man sich ja vom Standpunkte der christlichsozialen Partei aus abfinden. Der Inhalt entspricht der devot-patriotischen Gesinnung dieser Partei.

Sie sagen aber weiter (liest):

„Die Anhänger meiner Partei danken Sr. Majestät aus ganzem Herzen, daß Höchstselben ihnen Gelegenheit geben, mit Gut und Blut für die Größe und Unantastbarkeit der Monarchie einzustehen.“ — Das ist nicht mehr zu überbietende Kriegsbegeisterung — Kriegsbegeisterung im höchsten Maße. So, meine Herren und Damen von der christlichsozialen Partei, war Ihre Haltung zum Kriege vor Kriegsausbruch.

Aber nicht nur bei Kriegsausbruch haben Sie eine solche Haltung eingenommen, sondern auch während der langen Dauer desselben. Unser scharfer Gegensatz in dieser Frage ist eigentlich erst entbrannt in späterer Zeit, in der Zeit, als wir für eine rasche Beendigung des Krieges, für einen raschen Friedensschluß eingetreten sind und Sie mit allen Mitteln zu verhindern trachteten, daß wir rechtzeitig einen solchen Frieden schließen. Ein reiches Material steht mir für diese Behauptung zur Verfügung. Ich will es heute nicht benützen. Ich möchte Sie nur erinnern an die merkwürdige Haltung, die Ihre Partei eingenommen hat, als der Heilige Vater in Rom, der Vorgänger des jetzigen Papstes, den Versuch unternommen hat, diesem Kriege ein Ende zu bereiten. Seine Friedensenzzyklika haben Sie in Ihrem Zentralorgan, in der „Reichspost“ ganz hinten an unauffällige Stelle veröffentlicht. Sie haben sie besser zu placieren nicht für notwendig befunden, hingegen haben Sie — wie zum Hohne — in der gleichen Nummer einen Artikel losgelassen, in dem Sie gegen einen „vorzeitigen“ Friedensschluß bekämpfen. Herr Dr. Ahrer hat gesagt, daß die Weltgeschichte hier in diesem Landhause nicht gemacht wird und daß es hier auch nicht entschieden wird, wer die Ursache des Krieges war. Damit mag er recht haben. Wir können und wollen aber hier feststellen, wer damals den Krieg bejubelt, ihm begeistert zugestimmt hat, wer zu seiner Verlängerung beigetragen hat und wer dagegen war. Diese Feststellung glaube ich mit meinen Worten, die ich dem Kriege und seinen Erscheinungen gewidmet habe, gegeben zu haben und kann ich mich nun von diesem unrühmlichen Thema abwenden.

Herr Dr. Ahrer hat auch über die „Technische Nothilfe“ gesprochen. Wir glauben, sie ist nicht notwendig diese technische Nothilfe! Wir bezweifeln, daß sie überhaupt eine „Technische Nothilfe“ ist und wir sind schon so mißtrauisch — vielleicht sehen wir auch hier Gespenster, genau so, wie bei den Habsburgern — daß wir Ihnen, offen gesagt, nicht glauben, daß diese „Technische Nothilfe“ nur dazu da ist, um lebenswichtige Betriebe aufrecht zu erhalten. So lange Sie uns nicht Gelegenheit geben, uns von dem Gegenteil zu überzeugen, haben wir immer das Empfinden, daß diese Einrichtung im Anschluß an die Heimwehr, an die Frontkämpfer und an anderen ähnlichen Institutionen nur dazu da ist, um Ihren Leuten Waffen in die Hand zu geben, um damit gegebenenfalls gegen die Arbeiterschaft losgehen zu können. Es befährt uns in dieser Auffassung auch der Umstand, daß die „Technische Nothilfe“ geschaffen wurde, ohne mit uns auch nur Fühlung zu suchen. Vielleicht wären wir auch dafür zu haben gewesen, in diese Formation einzutreten. Kollege Ahrer weiß ganz gut, daß bei diesem Streik im Köflacher Revier, den er angeführt hat, in dessen Verlaufe es leider zu verschärften Maßnahmen der Streikenden gekommen ist, wir für die Instandhaltung der Pumpen und damit für die Aufrechterhaltung der Betriebe in der wirkungsvollsten Weise eingetreten sind. Ohne unser Zutun hätte die Arbeiterschaft die „Technische Nothilfe“ nicht geduldet. Er weiß, daß ich und viele andere von uns in die bewegtesten Versammlungen gegangen sind, daß wir abgeraten haben vor

Gewaltmaßnahmen und daß wir herbeigeführt haben, daß die Beamten und die wenigen Leute, welche von der Nothilfe beigelegt wurden, diese Instandhaltungsarbeiten überhaupt machen konnten. Ich führe das an, weil durch nichts bewiesen und erhärtet werden kann, daß nicht auch bei Instandhaltung von lebenswichtigen Betrieben auf unsere Unterstützung gerechnet werden könnte — und doch haben Sie in der Stille und insgeheim gegen uns diese „Nothilfe“ geschaffen.

Nun hat Herr Dr. Ahrer weiter die Wohnungslosenfrage besprochen. Er hat gemeint: diese Frage fällt nicht in die Kompetenz der Länder, damit haben wir nichts zu tun, das ist Sache der Gemeinden usw. Angenommen, aber nicht zugegeben, daß das so ist — ich bestreite dies, ich behaupte, daß auch das Land eine Verpflichtung hat, für die Wohnungslosen zu sorgen — also nur angenommen und nicht zugegeben, so muß doch festgestellt werden, daß Sie in diesem Lande nicht nur nichts machen zur Linderung der Wohnungsnot, sondern daß Sie jede Arbeit unserer Gemeinden, die darauf hinausläuft, dem Wohnungselend zu steuern, verhindern und sabotieren. Sie bewilligen den Gemeinden die Steuern nicht und legen ihnen eine Reihe anderer Hindernisse in den Weg.

Herr Dr. Ahrer hat sich ferner auch mit der Seipel sanierung beschäftigt und an uns die höhnische Frage gerichtet, warum wir, wenn wir solche Gegner der Seipel sanierung sind, sie nicht im Parlament verhindert haben. Es ist wahr, wir hätten sie mit Gewalt verhindern und hätten zu diesem Zwecke im Nationalrat einen großen Konflikt heraufbeschwören können. Im Interesse der Bevölkerung konnten und durften wir dies jedoch nicht tun. Unsere Vorschläge, die die Sanierung zu Lasten der Besitzenden vorsahen, sind ja damals von Ihnen abgelehnt worden, und gegen Ihren Widerstand diese einschneidenden Vorschläge durchführen, war eine glatte Unmöglichkeit. Sie hätten die Großkapitalisten, deren Interessen durch uns gefährdet waren, zum passiven Widerstand aufgehetzt, Sie hätten alles, was wir unternommen hätten, um unsere Maßnahmen durchzuführen, sabotiert, und zur Überwindung solcher Schwierigkeiten war bei dem damaligen raschen Verfall unserer Krone wahrlich keine Zeit. Und so mußten wir Sie gewähren lassen. Das ist der Grund, warum wir die Seipel sanierung nicht verhindert haben und nicht verhindern konnten. Der Beweis, daß es bei Annahme unserer Vorschläge auch zur Sanierung und zu einer besseren Sanierung unserer Republik gekommen wäre, ist durch die jüngsten Vorfälle an der Börse erbracht. Es ist kein Geheimnis, jeder Mensch weiß es, daß viel, viel mehr verloren worden ist bei der verunglückten Frankenspekulation, als wir für Sanierung unseres Staates und unserer Volkswirtschaft gebraucht hätten. Diese 600 Millionen Goldkronen, um die es sich damals gehandelt hat, hätten wir im eigenen Lande bei unseren Kapitalisten aufbringen können. Ein Ihnen und uns gleich objektiv gegenüberstehender Volkschriftsteller, der Herr Stölpner, hat in seiner Zeitung gesagt: Die Sanierung wäre möglich, indem man 20 Kapitalisten von der Börse weg einsperrt und ihnen freistellt, entweder die 600 Millionen Goldkronen aufzubringen oder einge-

sperrt zu bleiben. Sie haben damals die Möglichkeit der Ausbringung im eigenen Lande bestritten. Und jetzt sind diese 600 Millionen Goldkronen auf der Börse verloren worden und nicht an das Inland, sondern an das Ausland, nach Frankreich. Diese Vorfälle sind doch der beste Beweis für die Richtigkeit unserer damaligen Auffassung.

Kollege Dr. Ahrer hat schließlich auch über die Zusammenfassung der Landesregierung gesprochen. Er hat darauf verwiesen, daß ein gewisser Kontrast bestehe zwischen der Haltung unserer sozialdemokratischen Landesregierungsmitglieder in der Regierung und zwischen der Haltung unserer Partei im Landtag. Ich finde diesen Kontrast nicht. Wenn sich Dr. Ahrer etwa vorgestellt hat, unser Verhalten in den Sitzungen der Landesregierung müsse genau so sein, wie hier im hohen Hause, so möge er zur Kenntnis nehmen, daß wir unsere Taktik selbst bestimmen. Im Zusammenhange mit dieser Feststellung verweise ich übrigens darauf, daß es sich bei den Beratungen der Landesregierung vorwiegend um Verwaltungsagenden handelt, und daß unsere heftigsten und schärfsten Angriffe in Landtag das politische Gebiet betreffen, vielfach Agenden, die nach unserer Verfassung dem Landeshauptmann allein und nicht der Landesregierung zukommen. Bei unseren Beschwerden dreht es sich um die Behandlung der Gendarmerie, der Polizei, das Militärs. Alle diese Fragen werden in den Sitzungen der Landesregierung nicht erörtert. Aber wenn ich die Worte des Herrn Dr. Ahrer vielleicht als gutgemeinte Einladung ansehen darf, dieselbe Haltung, die meine Parteigenossen bei dieser Budgetdebatte im hohen Hause an den Tag legen, auch in die Landesregierungsitzungen zu verpflanzen, so kann ihm geholfen werden. Wir sind nicht abgeneigt, dieser höflichen Einladung Folge zu leisten! Ein Frage möchte ich an den Landeshauptmann-Stellvertreter Doktor Ahrer richten, und die Beantwortung derselben ist entscheidend, wenn über unsere Haltung in der Landesregierung abgeurteilt wird: „Kann Dr. Ahrer auch nur irgend etwas anführen, das dafür sprechen würde, daß die vier sozialdemokratischen Landesregierungsmitglieder die Referate, die ihnen zugeteilt sind, nicht so geführt hätten, wie sie sie im Interesse der Allgemeinheit zu führen verpflichtet sind?“ Ich selbst habe eines der unangenehmsten und unerquicklichsten Referate, die es im Lande gibt. Mein Referat umfaßt das Allgemeine Krankenhaus in Graz, das eine Stadt für sich ist, dann die Irrenanstalt Feldhof und alle Krankenhäuser am Lande. Ich habe zu tun mit Universitätsprofessoren, Ärzten, hohen Beamten, also mit den höchsten geistigen Arbeitern, aber auch mit Pflegeschwestern, Wärtern usw. usw., bis hinunter zum letzten Leichendiener. Es ist das ein Referat, das ich jede Minute bereit bin wegzugeben, ein Referat, das dem, der es führt, nur eine Menge von Arbeit, Sorge und Unannehmlichkeiten aufhällt. Ähnlich ist es bei den Referaten meiner Parteigenossen. Ich frage nochmals, ob irgend jemand behaupten kann, daß wir diese Referate, die wir in der Landesregierung zu führen gezwungen sind, nicht so führen, wie sie geführt werden müssen, mit einem Worte, daß wir unsere Pflicht als

Verwalter dieser Referate nicht erfüllen? Ich glaube, auch Herr Dr. Ahrer wird eine derartige Behauptung nicht aufzustellen vermögen. Ich weiß auch, wo hinaus er zielt, er meint mit seinen Worten etwas anderes: Wir haben nämlich in unserer Landesverfassung die Bestimmung, daß sich die Landesregierung nach dem Proportionalwahlrecht zusammenzusetzen hat, daß demnach jede Partei kraft ihrer Stärke, in der sie hier im Landtag vertreten ist, auch in der Landesregierung vertreten sein muß. Wir Sozialdemokraten bilden nach unserer Stärke hier in diesem hohen Hause auch ein Drittel der Landesregierung. Dr. Ahrer wünscht nun sehnlichst, daß die vier sozialdemokratischen Landesregierungsmitglieder sobald als nur möglich aus der Landesregierung verschwinden. Ich glaube schon, daß dann die Arbeit für ihn um vieles einfacher wäre. Man könnte dann noch einige Christlichsoziale und zur Ergänzung vielleicht von der Viermänner-Partei der Großdeutschen auch noch einen hineinnehmen. Das Arbeiten in der Landesregierung würde sich dann für die Bürgerlichen geradezu ideal gestalten, ob aber im Interesse der Bevölkerung, das möchte ich mir lebhaft zu bezweifeln erlauben. Die Frage, ob eine derartige Kontrolle von uns, von Seite der Vertreter der breiten Volksschichten für die Bevölkerung unerlässlich ist oder nicht, darüber haben bereits die Wähler entschieden, die uns in dieser Stärke hieher entsendet haben. Wenn Dr. Ahrer immer wieder die Frage aufwirft, ob Majoritätsregierung oder Proportionsregierung, so kann ich nur das eine sagen: So lange wir hier im Landtag ein Drittel sämtlicher Mandate innehaben, so lange werden solche Verfassungsänderungen nicht durchgeführt werden. Daß Ihnen eine bürgerliche Zweidrittelmehrheit sehr erwünscht wäre, das kann man aus so manchem feststellen. Hat doch vor kurzem hier im Hause der Christlichsoziale Dr. Engemann dem Landesrat Winkler in erregten Zwischenrufen den Vorwurf gemacht, daß er, Winkler, schuld wäre, daß die Zweidrittelmehrheit im Landtag für die Bürgerlichen verloren gegangen ist, weil er das Zustandekommen der Einheitsliste verhindert hat durch die Kandidatur des Herrn Pistor. Die Einheitsliste hätte eine solche Schwächung der Sozialdemokraten herbeiführen sollen, so daß Ihnen die Zweidrittelmehrheit im Hause zugefallen wäre. Ich möchte sehr bezweifeln, daß es Ihnen durch die bürgerliche Einheitsliste gelingen wäre, uns so zurückzudrängen, daß Sie die Zweidrittelmehrheit bekommen, ich glaube vielmehr, daß Sie unangenehme Überraschungen erlebt hätten. Aber, meine Herren und Damen von der Gegenseite! Selbst wenn Ihnen diese Absicht einmal gelingen sollte, möchte ich aber schon sehr bezweifeln, daß wir jemals so schwach würden, daß wir nicht Angriffe auf unsere Landesverfassung zu verhindern wissen würden.

Nun komme ich zum allerhöchsten Herrn, zum Chef der Landesverwaltung, zum Chef der politischen Verwaltung, zum obersten General der herrschenden Christlichsozialen Partei, zum Herrn Landeshauptmann Professor Dr. Rinkelen selbst. Ich muß gleich vorweg sagen, daß seine Rede — wie immer — in der Form sehr konziliant und sehr entgegenkommend war, im

Inhalt aber — gleichfalls wie immer — absolut nicht unbefriedigend. Der Herr Landeshauptmann hat in erster Linie auf die Ausführungen meines Kollegen R e s e l wegen des Spitzelwesens reagiert und gesagt, dieses Spitzelwesen, das er nicht geschaffen habe und das aus der Zeit des Gendarmeriedirektors P e i n l i c h herübergenommen worden sei, habe darin seine Begründung, daß die Vertrauensmänner ihre Versammlungen nicht anmelden. Dadurch komme es, daß die Polizeidirektion — von dem Standpunkte ausgehend, sicher ist sicher — ihre Organe in diese Versammlung entsendet. Mein Kollege R o s e n w i r t h hat schon in seinen Ausführungen das Gegenteil bewiesen und hat angeführt, daß eine ganze Reihe solcher Versammlungen bei der Polizei angemeldet waren, und daß trotzdem in diese Versammlungen Spitzel entsendet wurden. Aber eines widerlegt noch deutlicher die Ausreden des Herrn Landeshauptmannes: Wenn es sich um irrtümliche Beschickung solcher Vertrauensmännerversammlungen gehandelt hätte, dann wäre es doch nicht notwendig gewesen, die Berichte dieser Polizeispitzel an die Polizeidirektion und von dieser an den Landeshauptmann, und von diesem noch weiter nach Wien an das Ministerium des Innern leiten zu lassen. Es handelt sich hier nicht um Irrtümer, es handelt sich um ein verwerfliches Polizeispitzelsystem, welches wir auf das entschiedenste bekämpfen und welchem wir unter allen Umständen ein Ende machen werden. Wenn die Polizei Versammlungen überwachen will, dann soll sie einen offiziellen Vertreter entsenden. Er soll sich beim Vorsitzenden als Regierungsvertreter melden, kann am Podium Platz nehmen und seine Pflicht erfüllen. Dieses jetzt gehandhabte System des Einschleichens in Versammlungen aber ist geradezu anrüchig.

Übrigens nehmen wir mit Befriedigung zur Kenntnis, daß der Herr Landeshauptmann ab sofort diesem Spitzelwesen ein Ende bereiten und die Vertrauensmännerversammlungen der sozialdemokratischen, als auf dem Boden der Verfassung stehenden Partei nicht mehr bespitzeln lassen wird. Der Herr Landeshauptmann — es freut mich sehr, daß er soeben im Saale erschienen ist —, hat auch über die von ihm erlassene Verordnung, betreffend den Mieterschutz, gesprochen und gesagt, w i r seien schuld daran, daß dieses Gesetz noch nicht aufgehoben worden ist, weil wir die Vereinbarung wegen der Zusammenfassung der paritätischen Mietkommission noch nicht eingelöst haben. Durch diese Vereinbarung sollen die Hausbesitzer und die Mieter in diesen Ausschüssen gleichmäßig vertreten sein. Den Vorsitz hätte abwechselnd einmal ein Hausbesitzer, einmal ein Mieter zu übernehmen, so daß einmal die Wünsche der Hausbesitzer und das andere mal die Wünsche der Mieter berücksichtigt würden. Ich muß gestehen, gar so anmutend ist ein solcher Zustand keineswegs. In Graz und in Bruck sind bei Zusammenfassung dieser paritätischen Kommissionen Schwierigkeiten entstanden. In Graz deshalb, weil Sie als Vertreter Ihrer Mieterorganisation Personen in die paritätische Kommission hinschicken wollen, bei denen wir bezweifeln, daß sie wirklich Vertreter der Mieter sind. Von diesen Herren kann man mit Recht

annehmen, daß sie sehr wohl auch bereit wären, die Interessen der Hausbesitzer und nicht der Mieter zu vertreten, und dann ist die Parität ein Schwindel. Wir sind übrigens der Meinung, daß diese Verordnung überhaupt ungesetzlich ist und daß sie aufgehoben werden muß, ganz gleich, ob eine Vereinbarung wegen der Zusammenfassung der Kommission zustande kommt oder nicht. Unsere Verfassung räumt dem Landeshauptmann bei Erlassung solcher Verordnungen geradezu uneingeschränktes Recht ein. Der Landeshauptmann ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, gewisse Sachen der Landesregierung Landhaus zur Vorberatung zu überweisen. Im allgemeinen ist er selbstherrlich und macht von diesem Rechte keinen Gebrauch. Nur manchmal, wenn die Sache etwas brenzlich ist, fragt er das Plenum der Landesregierung um seine Meinung. So auch mit dieser Verordnung über den Hausherrnvoranschlag. Hofrat P e n d l von der Burg hat uns bei der Beratung in der Landesregierung sehr eingehend zu beweisen gesucht, daß die Vorschläge des Herrn Landeshauptmannes dem Gesetze entsprechen. Wir sind nicht so gesetzeskundig wie der Hofrat P e n d l. Wir mußten annehmen, daß das, was er erzählt, auch wirklich den Tatsachen entspricht. Wir tragen für die Erlassung der Verordnung keine Verantwortung, wir haben auch dagegen gestimmt. Unser Versuch, sie soweit als möglich zu verbessern, ist uns gelungen. In den Vorschlägen des Herrn Hofrates P e n d l waren nur zwei Hausherrnvoranschläge vorgesehen. Durch unser Einwirken ist diese Zahl auf vier erhöht worden. Schließlich und endlich haben wir in dem Bewußtsein, daß dieses Gesetz gegen die Mieter gerichtet ist, gegen die Verordnung gestimmt — die bürgerliche Mehrheit war selbstverständlich dafür. Der Landeshauptmann ist übrigens an solche Abstimmungen nicht gebunden. Er hätte noch immer machen können, was er wollte. Wenn er nun die Verordnung in dieser Art erlassen hat, so fällt ihm allein die Verantwortung hiefür zu. Gesetzeskundige Männer, die bei der Schaffung des Mieterschutzgesetzes im Parlament mitgearbeitet haben, behaupten heute, daß die Verordnung ungesetzlich sei. Wenn dies zutrifft, so muß sie ja aufgehoben werden und brauchen wir wegen ihrer Zurückziehung gar kein Kompromiß einzugehen. So steht derzeit für uns die Rechtslage.

Ich möchte nun auf eine Bemerkung des Herrn Landeshauptmannes zurückkommen, die er gelegentlich der Beantwortung der dringlichen Anfrage meiner Parteigenossin T a u s k in Angelegenheit des Krankenhauses am Paulustor gemacht hat. Der Herr Landeshauptmann hat damals erklärt, daß man ihn nicht verantwortlich machen könne dafür, daß er nicht in der Lage war, seine Zusage einzuhalten. Ich will kurz in Erinnerung bringen, um was es sich hier handelt. Ich war als Referent der Krankenanstalten seinerzeit aus Ersparungsrücksichten gezwungen, gegen den Widerstand der Bevölkerung das Krankenhaus am Paulustor aufzulassen. Diese Maßnahme war unpopulär, für gewisse Bevölkerungsschichten hart, aber mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Landes mußte sie durchgeführt werden. Es war auch nicht unbedingt notwendig, daß das Krankenhaus am

Paulustor weiter besteht, da wir doch das neue, große, allgemeine Krankenhaus haben, das dazumal nur teilweise belegt war. Mit der Auflösung des Krankenhauses wurde wirklich viel für den Landesäckel erspart. Auch auf anderen Gebieten hat man ja abgebaut, aber was bei dieser Art Abbau auf der einen Seite erspart worden ist, ist auf anderer Seite wieder doppelt und dreifach verausgabt worden. Ich habe mich damals vornehmlich deshalb entschlossen, das Krankenhaus am Paulustor aufzulassen, weil wir die Kriegsinvaliden in diesen Räumen unterbringen wollten, damit auch diese Frage endlich einer Erledigung zugeführt werden könne. Die Lehrerinnenbildungsanstalt am Hasnerplatz sollte geräumt werden und die Invaliden, die lange Jahre gegen den Widerstand der Eltern und Lehrer in dieser Anstalt untergebracht waren, hätten die Räume im Paulustor beziehen können. Später hat sich diese Sache dadurch verschoben, daß ein weiteres Krankenhaus aufgelassen worden ist, und zwar das Krankenhaus Graz-West. Das war kein Landesspital — es ist also nicht in mein Referat gefallen —, sondern es war ein sogenanntes Kriegsbeschädigtenspital, welches vom Bunde geführt und vom Bunde gegen unseren Willen aufgelassen wurde. Nachdem nun die Auflösung dieses Spitals von uns nicht zu verhindern war, verlangten wir, daß diese ganzen Räume von „Graz-West“ für Wohnzwecke hergerichtet werden sollen, um dadurch die Wohnungsnot einigermaßen zu lindern. Der Wunsch des Herrn Landeshauptmannes ging aber dahin, daß nicht das aufgelassene Paulustor-Krankenhaus — wie es ursprünglich gedacht war — den Invaliden zur Verfügung gestellt werde, sondern das aufgelassene Krankenhaus Graz-West, und daß das Paulustorgebäude für Zwecke der Zentralisation der Polizei benützt werde. Ich habe mich gegen diese Art der Erledigung nicht weiter gewehrt, und das Land hat mit dem Bunde einen Vertrag abgeschlossen, in welchem dem Bunde das Gebäude in der Paulustorgasse pachtweise auf 30 Jahre gegen einen Anerkennungs-zins überlassen wird, damit er dort die Polizei zusammenziehen kann. Der Grund, warum ich mich für die Pläne des Herrn Landeshauptmannes einsetzte, war der, daß ich endlich einmal die Frage der Unterbringung der Invaliden geregelt wissen wollte und damit endlich einmal auch die Lehrerbildungsanstalt ihren wirklichen Zwecken zugeführt werden könne. Weiter leitete mich dabei der Umstand, daß die Polizei, die derzeit in den städtischen Amtsgebäuden 96 Räume für sich in Anspruch nimmt und die auch in anderen Objekten eine Anzahl von Kanzleien untergebracht hat, dadurch, daß sie in einem Objekte Unterkunft findet, eine Reihe von Räumen freimachen muß, die dann Wohnzwecken zugeführt werden können. Ich mache dem Herrn Landeshauptmann nicht den Vorwurf, daß er allein die Schuld an der Verzögerung trägt. Ich weiß ganz gut, daß die Hauptschuld bei der Bundesregierung liegt, da von dieser die erforderlichen Geldmittel nicht zur gegebenen Zeit zur Verfügung gestellt wurden. Tatsache ist es aber, daß heute, nachdem schon im Oktober 1922 die Räumung des Paulustores herbeigeführt wurde, dieses Gebäude mit seinen 220 Räumen noch

immer leer steht und heute noch nicht abzusehen ist, wann es für die Polizei wird in Verwendung genommen werden können. Das ist ein offensichtlicher Verwaltungsskandal, der zum Himmel hinauffinkt, und an welchem der Herr Landeshauptmann zwar nicht direkt, wohl aber indirekt mit schuld trägt, weil er ja doch bei seinen Parteigenossen in der Wiener Regierung hätte verlangen und durchsetzen müssen, daß dieser Zustand endlich beseitigt wird. Derzeit steht die Sache so, daß seit zwei Monaten nicht mehr gearbeitet wird. In der letzten Zeit sind von Wien nur 150 Millionen Kronen zugewiesen worden. Davon mußte der Baumeister 80 Millionen für die inzwischen geleisteten Arbeiten bekommen, mit den restlichen 70 Millionen Kronen kann man gar nichts anfangen. Man weiß also heute nicht, wann endlich darangegangen werden wird, dieses Gebäude zu adaptieren und es seinen Zwecken zuzuführen. Dabei handelt es sich nicht einmal um unerschwingliche Summen, sondern nach meiner Schätzung könnte mit 500 bis 600 Millionen Kronen diese Sache zu Ende geführt werden. Deshalb muß ich genau so wie meine Kollegin Tausk an den Herrn Landeshauptmann das dringliche Ersuchen richten, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln herbeizuführen, daß endlich dieser Verwaltungsskandal ein Ende findet. — In diesem Zusammenhang möchte ich noch eine andere Frage kurz erörtern. Wir haben damals in diesen Vertrag auch eine Bestimmung hineingenommen, daß beide vertragsschließenden Teile, also wir und der Bund, es uns vorbehalten, anstatt des vereinbarten Pachtzinses ein dem Bunde gehöriges Gebäude für das zur Verfügung gestellte Paulustor einzutauschen. Damals sind wir die dem Bunde gehörigen Gebäude in Steiermark durchgegangen und haben kein rechtzugesundenes. Heute wissen wir aber, daß ein solches Gebäude besteht, vorhanden ist, und zwar ist es ein ehemaliges Zeugdepot in St. Marein. In diesem Gebäude könnte eine große Anzahl von Wohnungen geschaffen werden. Man spricht davon, daß dieses Gebäude vom Bund an eine Wiener jüdische Firma verkauft werden soll. Ich möchte vor einer solchen Verwerfung dringend warnen, und geht mein Ersuchen an den Herrn Landeshauptmann dahin, bei der Bundesregierung — vielleicht mit mir gemeinsam, weil ich über die ganze Angelegenheit genügend informiert bin — zu intervenieren, daß das Paulustorgebäude, das nach wie vor dem Lande gehört, gegen das dem Bunde gehörende Trainzeugdepot in Sankt Marein umgetauscht werde. Damit wäre beiden Teilen geholfen und könnte die im dortigen Gebiete sehr brennende Wohnungsfrage einer Lösung zugeführt werden.

Nun komme ich auf ein weiteres Kapitel zu sprechen, nämlich auf das Doppelgeleise von Burg und Land. Durch unsere Verfassung und durch die Übergangs-gesetze sind die dem Landeshauptmann, also unserer Regierung in der Burg, und die der wirklichen Landesregierung im Landhause zustehenden Agenden so unklar geworden, daß sich schon unsere Rechtsgelehrten nicht mehr auskennen. Ich weiß, daß der Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen kein Freund der Zusammenlegung der beiden Landesregierungen ist. Ich will an-

nehmen, daß er aus seiner grundsätzlichen Überzeugung heraus ein Gegner davon ist. Wenn er nun in dieser Sache Zentralist und Gegner der föderativen Auffassung ist, so hat er aber wiederholt erklärt, daß er, wenn die Mehrheit im Landhause es wünscht, einer solchen Zusammenlegung keine Hindernisse in den Weg zu legen beabsichtigt. Diese Zusammenlegung ist nach meiner Auffassung möglich trotz der bestehenden Verfassung. Es wird zwar das Gegenteil davon behauptet, aber diese Annahme kann nicht richtig sein, denn sonst wäre nicht eine Landesverfassung Gesetz geworden, die die Zusammenlegung der beiden Landesregierungen durchführt und hätte nicht die Bundesregierung dieses Gesetz sanktioniert, wenn Ungeheures damit begangen worden wäre. Das Bundesland, in welchem die Zusammenlegung herbeigeführt worden ist, ist das Bundesland Salzburg. Die Salzburger Landesregierung hat am 23. Jänner 1922 eine Geschäftsordnung erlassen, durch welche die Zusammenlegung in der Weise herbeigeführt wird, daß alle Landesräte, als Referenten der unmittelbaren Landesregierung (bei uns „Landhaus“), auch die entsprechenden Referate der mittelbaren Landesregierung (bei uns „Burg“) führen. Um ein Beispiel auf unsere Verhältnisse anzuwenden: Ich habe im Lande das Referat über das Sanitätswesen, und auch in der Burg befaßt sich eine eigene Abteilung mit demselben Thema. Bei der Zusammenlegung würde nun die Sanitätsabteilung, die heute noch in der Burg geführt wird, unter mich gestellt werden. Nachteil für die Bevölkerung wäre sicher keiner dabei. Aber auch die Rechte des Landeshauptmannes brauchten damit nicht geschmälert werden. Er kann sich ja gewisse Sachen vorbehalten, alles andere könnte durch den Referenten des Landesrates im Namen des Landeshauptmannes erledigt werden, und dieses lästige Doppelgeleise, diese Doppelverwaltung, die gewiß nicht im Interesse der Bevölkerung gelegen ist, wäre beseitigt. Ich bitte, sich nur folgendes vorzustellen: Wir haben in Graz ein städtisches Bauamt, weiter ein landschaftliches Bauamt im Landhause und ein dem Bunde unterstelltes Bauamt in der Landesregierung Burg. Alle drei Ämter besorgen im großen ganzen die gleichen Aufgaben, und ihr Bestand führt nur herbei, daß viele, oft sehr dringliche Bauamtsangelegenheiten verzögert und verschleppt werden. Kommissionen, die sich aus Beamten der Stadt Graz, aus Beamten des Landhauses und der Burg zusammensetzen, sind gewiß nur ein Hindernis für alle zu erledigenden Aufgaben. Ähnlich ist es bei vielen anderen Referaten. Wir haben die Referate über die Jugendfürsorge, über die Forste, die Jagd, das Sanitätswesen. Alle könnten zusammengelegt werden, ohne daß dadurch eine Benachteiligung der Bevölkerung herbeigeführt würde, im Gegenteil, es wäre nur eine große Vereinfachung damit erreicht. Ich glaube daher, daß, wenn der gute Wille vorhanden ist, auch zwecks Lösung dieser Frage wenigstens die Vorarbeiten getroffen werden könnten. Man sagt, unsere heutige Bundesverfassung, welche die Zusammenlegung vorsieht, wird nicht bestehen bleiben, sondern geändert werden. Ich glaube nicht an eine solche Abänderung. Änderungen der Verfassungsgesetze in Österreich können nicht so

einfach durchgeführt werden, und ich rechne mit der Tatsache, daß die heutige Verfassung bestehen bleibt, und diese Verfassung sieht eben die Zusammenlegung vor. Das Verfassungsgesetz ist nur zeitlich außer Kraft gesetzt durch das Übergangsgesetz, welches besagt, daß erst dann, wenn das Finanzverfassungsgesetz, das Schulgesetz und das Gesetz über die Ordnung der Verwaltung in den Ländern beschlossen sind, das Bundesverfassungsgesetz voll in Kraft tritt. Die alten, konservativen Bürokraten wollen überhaupt, daß es beim „guten alten“ bleiben soll. Ich aber meine, daß alles vorbereitet werden könnte, um die Zusammenlegung aller dieser Ämter, die unbedingt zusammengehören, herbeizuführen. Aus meinem Referate möchte ich an einem Beispiel der jüngsten Zeit demonstrieren, wie schädlich der bisherige Zustand ist. Sie wissen, daß ich das Sanitätsreferat führe. Es besteht nun ein Bundesgesetz über die Krankenanstalten, das auch einen Paragraphen enthält, der besondere Gebühren für die öffentlichen Krankenhäuser vorsieht, und zwar für jene Patienten, die sich nicht auf die allgemeine, nicht auf die dritte Verpflegsklasse aufnehmen lassen. Von diesen Patienten können neben den Verpflegsgeldern auch noch andere besondere Gebühren eingehoben werden für Mehrleistungen, für besondere Behandlung, für Operationen u. dgl. Ich bekenne mich zu einem entschiedenem Gegner dieser gesetzlichen Bestimmung, und wenn ich zu entscheiden gehabt hätte, hätte ich ihr nie zugestimmt. Ich bin der Auffassung, daß die allgemeinen öffentlichen Krankenhäuser von allen Patienten, ob sie sich nun auf der dritten, auf der zweiten oder auf der ersten Klasse aufnehmen lassen, lediglich die Verpflegs- und keine besonderen Gebühren einheben sollen, denn sie sind ja keine Sanatorien. Aber Gesetz ist Gesetz, und als die Ärzte und Professoren im Allgemeinen Krankenhause in Graz die Erlassung einer solchen Gebührenvorschrift verlangten, konnte ich mich dieser Forderung nicht entgegenstellen. Ich habe nun damals für das Allgemeine Krankenhaus in Graz eine Gebührenordnung erlassen. Diese ist nach meiner Überzeugung so verfaßt, daß damit wenigstens von den Patienten der zweiten Klasse das härteste abgewendet wird und von ihnen nicht unmögliche Beträge verlangt werden können. Es ist mir nun damals ein Formfehler unterlaufen. Ich habe jene Bestimmung des Krankenanstaltengesetzes nicht eingehalten, welche das Einvernehmen mit der mittelbaren Bundesregierung, also mit der Landesregierung Burg vorsieht. Das war der Anlaß für die Beamten der Landesregierung Burg, gegen diese Gebührenordnung, die von der wirklichen Landesregierung über meinen Antrag zum Beschluß erhoben worden war, alle erdenklichen Schritte beim Ministerium zu unternehmen. Die Gebührenordnung ist dann auch vom Ministerium aufgehoben worden. Lange Zeit habe ich mich um diesen Erlaß nicht gekümmert und die Gebührenordnung hat Jahr und Tag weiter bestanden. Um nun doch einmal diesem Streit ein Ende zu bereiten, habe ich in der letzten Zeit das im Gesetze vorgesehene Einvernehmen mit der Landesregierung Burg herbeigeführt. Es wird nun eine Regelung herbeigeführt werden, aber diese Regelung wird so sein, daß

die Bevölkerung ein Mehrfaches von dem wird bezahlen müssen, als sie bezahlt hätte, wenn sich die mittelbare Regierung nicht eingemischt hätte und wenn es bei der Gebührenordnung geblieben wäre, die ich geschaffen habe. Unter der Devise, daß man die Mittelschichten schützen müsse, wurde gegen diese Gebührenordnung Stellung genommen, und das Fazit war, daß die Ärzte die Gelegenheit benützt und Forderungen gestellt haben, über die man nicht hinwegkommen kann. Ich habe mit den Ärzten in den Krankenhäusern auf dem Lande eine ähnliche Ordnung schon vereinbart gehabt. Nachdem aber die Verhandlungen mit der Burg begonnen haben, sind auch die Ärzte vom Lande gekommen und haben einen 100prozentigen Aufschlag verlangt. Die Bauern am Lande und die Bewohner der Stadt, die sich in ein öffentliches Landeskrankenhaus aufnehmen lassen, und zwar auf die erste oder zweite Klasse, die werden sich in Einkunft bei der Landesregierung Burg bedanken können, wenn sie bedeutend mehr bezahlen müssen als früher. Schuld daran ist nur das bestehende Doppelgeleise. Wäre es mir möglich gewesen, diese Angelegenheit im eigenen Wirkungskreise einer Erledigung zuzuführen, so wäre die Regelung für die Bevölkerung bedeutend besser ausgefallen.

Der Herr Landeshauptmann hat in seiner Rede vom Zusammenarbeiten gesprochen. Er hat eine Lanze dafür eingelegt, daß wir nicht immer das Trennende hervorheben, sondern daß wir mitarbeiten sollen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten haben ein solches Zusammenarbeiten niemals abgelehnt, nur muß es uns möglich gemacht werden. Es kann nur ein Zusammenarbeiten unter Gleichgestellten möglich sein, niemals aber ein solches mit einer Partei, die sich als die herrschende, als Herr fühlt und alle anderen als Diener behandelt. Wenn es zwischen uns immer wieder zu scharfen Gegensätzen kommt, so trägt in der Hauptsache wohl die verschiedene Auffassung über den Begriff Demokratie, der bei den Christlichsozialen und bei uns besteht, die Schuld. Was verstehen wir unter Demokratie? Sie kann aufgefaßt werden sozusagen rechnerisch, arithmetisch, so daß, wenn die eine Partei auch nur um eine Stimme mehr hat, sie machen kann, was sie will. Die Demokratie kann aber auch anders aufgefaßt werden, so zwar, wie sie in ihrer ersten großen Deklaration, in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung gefaßt wurde, nämlich in einem Regieren im Einvernehmen mit den Regierten. Sie, meine Verehrten von der Gegenseite, fassen den Begriff „Demokratie“ im ersten Sinne auf: arithmetisch, rechnerisch, nicht organisch, nicht von einem höheren geistigen Prinzip aus, und Sie handeln auch darnach. An folgendem Beispiel möchte ich dies illustrieren: Früher, in der Zeit der österreichischen Monarchie, war es Sache des Kaisers, seine Minister zu ernennen und sie nach Belieben wieder davonzujagen. Das war ausschließlich seine eigene Sache. In der Zeit der Demokratie muß es anders sein. Da sollen doch ausschließlich nur diejenigen die Geschäfte des Landes und des Bundes führen, die das Vertrauen der breitesten Schichten, das Vertrauen der breiten Volksmassen haben. Was haben die Herren

von der Gegenseite, die Christlichsozialen, nach dem Ausfall der letzten Wahlen getan? Wie haben sie die „Demokratie“, das Einvernehmen mit den Regierten, geschändet? Keine Partei hat jemals schlechter abgeschnitten bei Wahlen, als die „großdeutsche Volkspartei“. In Massen sind ihr die Wähler davongelaufen, und ist sie hier eingezogen, vier Mann stark, vier Mann hoch. Im Nationalrat haben sie überhaupt nur mehr — ich möchte das ausdrücklich hervorheben — Unterschlupf gefunden durch das zweite Ermittlungsverfahren, das die bürgerlichen Parteien ins Wahlgeseß hineingebracht haben und das geradezu korrupt gewirkt hat. Dadurch ist es möglich gewesen, daß diese Partei, daß diejenigen, die abgelehnt worden sind von den breiten Schichten der Bevölkerung, wieder durch ein Hintertürchen hineinschlüpfen konnten. Der Herr Landeshauptmann hat nun diese Partei, die so ostentativ abgelehnt worden ist von den Wählern, in seine Regierung hineingewonnen. Er hat das System der arithmetischen Demokratie angewendet, und er hat seine 34 christlichen Abgeordneten für den großdeutschen Tr. Süßler stimmen lassen, und so ist er in die Regierung gekommen, der Vertreter einer Partei, die keinen Rückhalt bei der Bevölkerung hat. Das nennt man dann: Regieren im Einvernehmen mit den Regierten. Die großdeutsche Partei, die hier im Hause von 70 Abgeordneten vier Mann stark ist, hat nun einen Vertreter in der Landesregierung, einen Präsidenten, und ihre ganze Sturmtruppe besteht demnach aus zwei Mann. So schauen die Koalitionsgenossen der Christlichsozialen aus. Uns kann es natürlich gleichgültig sein, wen der Herr Landeshauptmann in seine Regierung hineinberuft, den Herrn Doktor Süßler oder einen anderen „Christlichsozialen“. (Heiterkeit.)

Wir haben bei den letzten Wahlen die Stimmen von zwei Fünftel der Bevölkerung des ganzen Staates auf uns vereint. Schauen Sie sich doch diese Wahlziffern an! Was bedeuten sie? Wir haben 1.300.000 Stimmen bekommen. Wir sind die Vertreter von 1.300.000 Menschen, arbeitenden Menschen in den Fabriken, in den Werkstätten, beim Bergbau, bei den Bauten, in den Kontors, einer Masse von Menschen, auf deren Arbeit die Volkswirtschaft dieses Landes beruht. Da müßten Sie sich doch sagen, daß einer solchen Partei gegenüber, einer Partei, die 1.300.000 Menschen hinter sich hat, die so viel bedeuten in der Volkswirtschaft, Menschen, die eine Unsumme aufbringen an volkswirtschaftlicher Kraft, an städtischem Wesen, an industrieller Entwicklung, daß auf die Vertreter einer solchen Partei doch eine gewisse Rücksicht genommen, eine gewisse Verständigung mit ihnen herbeigeführt werden muß in allen Fragen, die diese Volksschichten betreffen. Wir müssen aber sehen, wie niederträchtig Angehörige dieser Klasse, die wir zu vertreten haben, von Ihnen behandelt werden. Die Rücksichtnahme, die Sie uns schuldig sind, lassen Sie gänzlich beiseite.

Wie schaut es in unseren Kasernen aus? Sie haben hier ein System der planmäßigen Schikanen gegen sozialdemokratische Wehrmänner eingeführt. Sie haben das System einer geradezu planmäßigen Behütung

und Förderung der Ihrer Partei angehörenden Wehrbündler inauguriert. Sie haben ein System erfunden, durch welches Sie die Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei schikanieren, sie von einer Disziplinaruntersuchung in die andere treiben, ihnen alle möglichen Strafen aufoktroieren, ein System, das geeignet ist, die sozialdemokratischen Vertrauensmänner aus der Wehrmacht hinauszukeln, ihnen das Dienen zu verleiden. Wie benehmen Sie sich bei den Neuanwerbungen für die Wehrmacht? Die arbeitslosen Arbeiter, die sich bei solchen Anwerbungen melden, trachten Sie fernzuhalten. Sie haben ein System bei diesen Aufnahmen eingerichtet, das ihnen ermöglicht, alle jene zu berücksichtigen, die sich mit einem weißen Zettel von einem Ihrer Parteigänger oder von einer Pfarrkanzlei ausweisen. Das ist Ihre Tätigkeit in den Kasernen.

Derselbe Geist herrscht bei der Gendarmerie. Sie sabotieren das Gesetz über die Personalvertretungen, das Gesetz über die Dienstesvorschriften der Gendarmen. Sie bemühen sich, allen diesen Gesetzen eine andere Interpretation zu geben, als wie sie ihnen in allen anderen Bundesländern gegeben wird, mit einem Worte: Sie wollen die sozialdemokratischen Gendarmen unter andere Gesetze stellen als in den anderen Ländern. Alles, was an Reaktion, an Rückständigkeit jemals aus der Leitung der Gendarmerie in der Zeit der Republik herausgekommen ist, ist von Steiermark herausgekommen. Ich erinnere Sie an die bewußte ungesetzliche Verfügung des Bahnhofskommandanten Ragoßnig, die vom Bundeskanzler aufgehoben wurde. Ragoßnig hat selbstverständlich Ihren Schutz genossen. Ich erinnere Sie an einen Erlaß, den der Gendarmeriekommandant von Steiermark Thienel herausgegeben hat. Dieser Erlaß verbietet den Gendarmen, ihr eigenes Blatt, den „Republikanischen Schutz“, zu beziehen. Er hat den Bezug dieses Gewerkschaftsblattes als standeswidrig erklärt und wenn das Lesen des Blattes standeswidrig ist, dann muß es nach den Dienstesvorschriften mit Disziplinarstrafen geahndet werden. Unsere Partei müßte sich derartiges nur dann gefallen lassen und müßte diesem System, das jeden Sozialdemokraten vogelfrei macht in öffentlichen Ämtern, nur dann beistimmen, wenn sie sich nicht wehren könnte. Soweit ist es aber mit unserer Partei nicht. Unsere Parteigenossen sind nicht vogelfrei und jeder, der der Sozialdemokratie angehört, und auch bei der Wehrmacht, auch bei der Gendarmerie und auch in allen anderen öffentlichen Ämtern, den werden wir zu schützen wissen vor Ihrer Verfolgung.

Wie behandeln Sie unsere Gemeinden? Sie verhindern die aus wirtschaftlichen Gründen notwendige Zusammenlegung von Gemeinden aus politischen Erwägungen und verhindern damit etwas, was nur im Interesse der Wirtschaft unseres Landes und unseres Staates gelegen wäre. Die wirtschaftliche Lage unseres Landes bedingt geradezu, daß größere Gebietskörperschaften geschaffen werden und daß sich kleine Gemeinden zu größeren zusammenfügen, um die ihnen zukommenden schwierigen Aufgaben erfüllen zu können. Sie wollen unseren Gemeinden die Steuern nicht be-

willigen, die sie notwendig haben, um Wohnbauten aufzuführen, um ihren sonstigen Aufgaben zu entsprechen, um ihren sozialen Pflichten nachzukommen. Auf Grund allerschäbiger Zuträgereien durch Ihre Koalitionsgegnossen sind Sie bereit, unsere Gemeinden zu schikanieren und sie in ihrer Tätigkeit zu behindern. Wo bleibt denn da die Gemeindeautonomie, die Selbstständigkeit der Gemeinden, die ja auch Sie in Ihr Programm aufgenommen haben und von der der Herr Landeshauptmann als von einem Bestandteil des christlichsozialen Programmes auf Ihrem Parteitag gesprochen hat. Beschlüsse der Mehrheit der Gemeindevertretungen werden vielfach nicht anerkannt, wenn es sich um sozialdemokratische Gemeindevertretungen handelt und das Aufsichtsrecht der Regierung wird mißbraucht. Ich bin überhaupt gegensätzlicher Auffassung über die Auslegung des Aufsichtsrechtes als der Herr Landeshauptmann. Ich billige der Landesregierung nicht das Recht zu, die Beschlüsse der Gemeindevertretungen auf ihre sachliche Bedeutung zu überprüfen. Ich bin der Meinung, daß das Aufsichtsrecht der Landesregierung dahin aufzufassen ist, daß es ihr nur zusteht, das ordnungsgemäße gesetzliche Zustandekommen der Beschlüsse zu kontrollieren und zu beaufsichtigen. Sie kann überprüfen, ob die Sitzungen rechtmäßig einberufen worden sind, ob der Bürgermeister sich keiner Gesetzesverletzung schuldig gemacht hat. Das ist meine Auffassung über das Aufsichtsrecht der Landesregierung. In das Meritorische sich einzumengen, die Beschlüsse auf ihre Sachgemäßheit zu untersuchen, dazu, glaube ich, ist die Landesregierung nicht kompetent. Eine solche Ausübung des Aufsichtsrechtes müßte zu den ärgsten Auswüchsen führen. Ich kündige Ihnen an, daß wir gleiches mit gleichem vergelten werden. Wie Sie die Gemeinden mit sozialdemokratischer Mehrheit behandeln werden, so werden wir es mit den bürgerlichen Gemeinden machen. Treiben Sie es so weiter wie bisher, und lassen Sie sich von Ihrem großdeutschen Kostgänger in der Regierung weiter zum Hasse gegen unsere Gemeinden verleiten, so werden wir gegen jeden Beschluß, den Ihre Mehrheiten in nichtsozialdemokratischen, sondern bürgerlichen Gemeinden fassen, die Aufsichtsbeschwerde einbringen und Sie können dann zusehen, wie Sie sich den notwendigen monströsen Verwaltungsapparat bilden, der Ihnen die Möglichkeit gibt, alle diese Gemeinderatsbeschlüsse auf ihre sachliche Eignung zu überprüfen.

Wenn ich nun zum Schlusse meiner Ausführungen komme, so möchte ich nochmals in betreff auf das von der Gegenseite gewünschte Zusammenarbeiten erklären, daß diese Zusammenarbeit von uns nicht abgelehnt wird, daß wir bereit sind, zusammen mit den anderen Parteien im Interesse unserer Bevölkerung zu arbeiten und zu wirken, wenn Sie uns das durch Ihr Verhalten möglich machen. Von Ihnen allein hängt unsere Haltung ab. — Ich erkläre Ihnen namens meiner Partei mit aller Deutlichkeit: Genau so, wie Sie in Zukunft die sozialdemokratischen Gemeinden und ihre Vertretungen, genau so, wie Sie die sozialdemokratischen Wehrmänner in den Kasernen, genau so und in ganz der gleichen Weise, wie Sie die sozial-

demokratischen Vertrauensleute in der Gendarmerie, genau so wie Sie die sozialdemokratischen Beamten behandeln werden; genau so und in ganz derselben Weise werden wir Sie hier im Landtag behandeln und ganz genau dasselbe Vorgehen, das Sie an den Tag legen werden außerhalb dieses Hauses unserer Partei und unseren Parteimitgliedern gegenüber, dasselbe Verhalten werden wir hier in diesem Hause Ihnen gegenüber an den Tag legen und dieselbe Behandlung werden wir Ihnen hier angedeihen lassen. (Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Leider reicht die Zeit für einen weiteren Redner nicht mehr aus.

Die nächste Sitzung findet statt Montag, den 12. Mai, um 4 Uhr nachmittags.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen.

Folgende Ausschusssitzung wurde angemeldet: Gemeinde- und Verfassungsausschuß nächsten Dienstag, um 10 Uhr vormittags.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung am 9. Mai, um 12 Uhr 45 Minuten mittags.)